

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 21 — 2. Jahrgang

Saarbrücken, Freitag, den 26. Januar 1934

Chefredakteur: M. Braun

Aus dem Inhalt

Ende der deutsch-französischen Untertanung
Seite 2

Ehrencüchigeer
Reichsstatthalter
Seite 3

Riesenpleite im Mittelstand
Seite 4

Der Jud' ist Schuld
Seite 7

Flucht aus Oranienburg

Abenteuerlicher Ausbruch des sozialdemokratischen Abgeordneten Seger aus der Hölle des Konzentrationslagers Bericht des Augenzeugen über die Untaten der Kanzler-Schandbuben

Nach abenteuerlicher Flucht aus dem Konzentrationslager Oranienburg ist der langjährige Generalsekretär der Deutschen Friedensgesellschaft und sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Gerhart Seger, Dessau ins Ausland entkommen. Seger war neun Monate in Schutzhaft; drei Monate in Einzelhaft im Gerichtgefängnis in Dessau und sechs Monate im Konzentrationslager Oranienburg.

Der Abgeordnete Seger war Augenzeuge des Empfangs, der in Oranienburg den zur gleichen Zeit eingelieferten Abgeordneten Eber, und Heilmann und den ehemaligen Leitern des deutschen Rundfunks Dr. Magnus, Giesecke, Fleisch und Braun bereitete wurde.

Diese sechs Männer wurden vor der gesamten SA entkleidet, ihrer Anzüge beraubt und in alte abgelegte Lumpen gehüllt. Es wurden ihnen die Haare geschoren, sie wurden vor der Front der Gefangenen beschimpft und mißhandelt, am schlimmsten Heilmann.

Außer diesen sechs waren an bekannteren Personen im Lager Oranienburg die Abg. Künstler und Szilart (Oberbürgermeister von Brandenburg), die Oberstaatsanwälte Binder und Köhler. Dem Abgeordneten Künstler wurden drei Pfeile in die Haare hineingesteckt. Die beiden Oberstaatsanwälte hatten unter früheren Regierungen als Vertreter politischer Deserteure Strafprozesse gegen Nationalsozialisten, darunter auch gegen Göbbels, durchzuführen. Im Konzentrationslager nahm jetzt die SA. dafür Rache an ihnen. Die Nachricht, daß das Lager Oranienburg nur noch für meuternde SA. und SS. diene, erklärt Seger für unrichtig. Es waren zwar solche Gefangenen aus der SA. im Lager, aber sie bildeten nur einen sehr geringen Prozentsatz der Belegschaft.

Ein wahrheitsgetreuer Bericht der grauenvollen Mißhandlungen, die Seger in sechs Monaten Oranienburg erlebt und gesehen hat — Seger beginnt ihn mit der Eideidformel deutscher Gerichte: „Ich schwöre, daß ich nach bestem Wissen und Gewissen die reine Wahrheit sagen, nichts verschweigen und nichts hinzusetzen werde!“ — wird als Buch erscheinen (bei der Verlagsanstalt Graphia in Karlsruhe, mit einem Geleitwort, das der frühere Präsident der preussischen Akademie Heinrich Mann schrieb). In diesem Buch wird Seger den Versuch unternehmen, neben einer der strengsten Nachprüfung ständehaltenden objektiven Darstellung das bisher völlig unbekanntes Milieu des Lagerlebens zu schildern. Die Grausamkeiten, die in den Konzentrationslagern täglich vorkommen — und in vielen Presseartikeln über die deutschen Grenzen gedrungen sind — stehen nicht im Vordergrund der Mitteilungen Segers. Fürchterlich sind neben

Körperlichen die seelischen Mißhandlungen, denen die Gefängnisse täglich ausgesetzt sind. Seger berichtet, daß es in Oranienburg außer den üblichen Arrestzellen besondere Dunkelzellen gibt, die dem darin Eingeschlossenen nur das Stechen, nicht einmal das Niederhocken ermäßigten. In diesen Steinlabyrinthen wurden Gefangene bis zu acht Tagen und Nächten stehend lebendig begraben! Es ist im vollen Sinne des Wortes eine Hölle, aus der Seger trotz der Gefahr, auf der Flucht erschossen zu werden, in verwegener Flucht entkommen ist.

Göring stiehlt und plündert

Die nationalsozialistische Regierung stiehlt zugunsten des nationalsozialistischen Parteiapparats — Wie Magnus Hirschfeld beraubt wurde

Das Geheimne Staatspolizeiamt Berlin hat folgende Verfügung erlassen: „Auf Grund des § 1 des Gesetzes über Einziehung kommunistischer Vermögens vom 21. Mai 1933 (RGBl. I S. 293) in Verbindung mit dem Gesetz über die Einziehung staats- und volkswirtschaftlichen Vermögens vom 14. Juli 1933 (RGBl. I S. 479) und der preussischen Ausführungsverordnung vom 31. Mai 1933 (Gf. S. 207) wird das gesamte Vermögen der Dr. Magnus Hirschfeld-Stiftung sowie das persönliche Vermögen des Dr. Magnus Hirschfeld zugunsten des preussischen Staates, vertreten durch den Minister des Innern, eingezogen.“

Dr. Hirschfeld hat gegen diese Verfügung und ihre Begründung sofort Einspruch erheben lassen, die aber wohl kaum Erfolg haben dürfte. Es handelt sich bei dieser Konfiskation um recht erhebliche Werte, unter anderem um zwei große Gebäude am Berliner Tiergarten mit 115 Räumen. In einem dieser Häuser, das Dr. Hirschfeld 1918 von dem Fürsten Haysfeld, dem früheren deutschen Botschafter in Paris, gekauft hatte, um dort sein Institut für Sexualwissenschaft einzurichten, hat bereits der Nationalsozialistische Juristenbund sein Heim aufgeschlagen. Die gesamte Einrichtung des Instituts und der Privaträume sowie der wissenschaftlichen Sammlungen, die von der Plünderung der Bibliothek und des Archivs und der Verbrennung am 10. Mai vorigen Jahres übriggeblieben waren, wurden bereits im Dezember 1933 öffentlich unter großem Zutaus versteigert.

Verschiedene Versuche ausländischer Gelehrter, die einzigartigen Sammlungen als Ganzes zu erwerben und so der Wissenschaft zu erhalten, waren vergeblich. Abgegeben von einigen Stücken, die dem Museum für Völkerkunde überwiesen wurden, konnte nur ein kleiner Rest des wertvollen Materials dadurch gerettet werden, daß ein tschechoslowakischer Spezialarzt als Käufer auftrat.

Danzig

Die Stadt mit dem Völkerbundskommissar

Von Dr. Rolf Sell

Als die Sonne des „dritten Reiches“ über Danzig aufgegangen war, glaubten viele Narren, daß die Not jetzt eine Ende hat. Was der letzte brutale Versuch eines niedergehenden Systems ist, wurde in eine neue kapitalistische Morgendämmerung umgedeutet. Und die wegen ihrer sozialen Lage zu den Enterbten Behörnden jubelten mit, freuten sich mit ihren Bedrückern.

Verprechen hats viele gegeben. Für jeden hatte ja Adolf einen vollen Mund. Den Danzigern versprach er, was des Danzigers ist: Rückkehr zum Reich, Wiedergerinnung des polnischen Korridors, eine Danziger Arbeitsschlacht und überhaupt ein goldenes Zeitalter. So hörte man es vor Tisch. Nach der Wahl gab es das erste Staunen. Die Uebernationalen biederten sich an Polen an. Zu diesem Zweck holte sich der frisch gebadene Senatspräsident Herr Rauschnig, ein aus Polen importierter Reaktionsär der alten Schule, von Berlin den Dreh „mit der Achtung der fremden Volksgemeinschaft“. Herr Rauschnig schloß daraufhin mit Polen Verträge ab, für die jeder Senator vor ihm mit dem Namen „Landesverräter“ gebrandmarkt worden wäre. Polen erhielt bedeutende wirtschaftliche und kulturelle Vorteile. Neue polnische Schulen konnten errichtet werden.

Trotz der widerlichen Anbiederungen der Nazis an Polen blieb bisher der praktische Erfolg für Danzig gleich null. Das Leben änderte sich nur für die neue Nazi-bourgeoisie. Der Herr Innensenator fährt jetzt zu Jagden des polnischen Staatspräsidenten. Man kann sich Billen einrichten lassen. Es geht ihnen gut, den neuen Herren. Die Arbeitslosen aber stempeln weiter. Dafür heißen sie aber jetzt nicht mehr Proleten, sondern „Volksgenossen“.

Im Innern zog Bettelei und Barbarei ein. Das bewährte Schema wurde aus Deutschland übernommen. Wie gerne hätte man morden und schlagen wollen! Da gab es bisher noch ein Hindernis, der vom Völkerbund eingesetzte Kommissar, der die Einhaltung der Verfassung zu überwachen hatte. Trotzdem — der Völkerbundskommissar bestätigte Herrn Rauschnig, daß er die beschworene Verfassung schon mehrfach gebrochen hätte. Es gab einen Schulkonflikt, einen Zeitungskonflikt und der Konflikte mehr. Trotz der verfassungsmäßig garantierten Meinungsfreiheit wurde angeordnet, daß der Schulunterricht mit dem Hitlergruß zu beginnen und zu enden hätte. Auch jüdische Kinder wurden dazu gezwungen. Wer nicht parierte, wurde geschlagen. Dann wurde die Gefinnung zwangsweise durch Besuch von Nazifilmen untermauert. Sechsjährige Kinder mußten ohne Ausnahme „SA-Mann Brand“, „Hitlerjunge Quex“ und ähnliche Erzeugnisse ansehen. Der Erfolg dieser Nazierziehung war in mehreren Fällen der, daß Kinder nachts unter Schreikrämpfen erwachten und in schwere Psychosen verfielen.

Die Meinungsfreiheit der Zeitungen besteht „so weit“, daß nicht einmal Meldungen über eklatanten Verfassungsbruch der Danziger Senatoren gebracht werden dürfen. Die sozialdemokratische und die katholische Zeitung wurden mehrfach verboten, ihre Verleger unter den Augen des Völkerbundskommissars in Schutzhaft genommen. Interventionen des Völkerbundskommissars wurden brüsk übergangen. Jetzt hat Danzig analog seinem großen Bruder Deutschland seinen Völkerbundskonflikt, und es werden noch weitere folgen.

Ein Schandkapitel bildet haben wie drüben die famose Justizmaschinerie. Für Erschlagungen von Arbeitern ist gleich der Notwehrparagraf da. Verhaftungen erfolgen unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Gewiß ist es nicht so wie in Deutschland, dem klassisch gewordenen Lande der Richter und Henker. Aber man ist auf dem besten Wege zu diesem „Jddl“. Schon spricht man, daß sich in Weichselmünde ein getarntes Konzentrationslager befindet.

Die Urteile Danziger Gerichte bilden ein besonderes

Saar-Zustände

Was der Regierungskommission geboten wird

In einem Ort an der Saar ist ein Pandjäger niedergeschossen worden. Ueber das Vorleben des Täters ist amtlich noch nichts bekannt gegeben. Die nationalsozialistische Presse nennt ihn einen „Emigranten“. Die kommunistische Presse behauptet, es handle sich um einen flüchtigen SA-Mann aus der Gegend von Karlsruhe, der wegen Einbruchsdiebstahls und wegen Niedererschließens von zwei Kriminalbeamten verfolgt werde. Wenn dies zutrifft, ist es also keineswegs ein „Emigrant“, sondern ein gemeiner Verbrecher von derart Reichsdeutschen, die eben erst in der Schweiz tagelang hunderte Polizeibeamte in Schach hielten und sieben Todesopfer forderten, bis sie selbst sich entleibten.

Die nationalsozialistische „Saar-Front“, herausgegeben von dem Führer der „Deutschen Front“, Staatsrat Alois Spaniol, nimmt die Tat eines gemeinen Verbrechers zum Anlaß, der Regierungskommission vorzuwerfen, daß diese das Saargebiet zu einem Verbrechenssitz und einer Stätte des politischen Wahnsinns gemacht habe. „Der Wahnsinn raß — die Re-

gierungskommission schweigt.“ Alle Emigranten werden schließlich als Verbrecher bezeichnet. An der Saar herrsche die Terrorherrschaft internationalen Verbrechertums und die Regierungskommission unterlasse es, den organisierten Mord zu unterbinden. Wörtlich wird der Regierungskommission gesagt:

Den Emigranten aber, dem blindwütigen Werkzeug separatistischer Drahtzieher, hält eine hohe Obrigkeit im Saargebiet nach wie vor ohne lange Prüfung die Arme offen entgegen, während sie anständigen Elementen oft alle Schwierigkeiten macht und ihnen wohl gar den Aufenthalt verweigert.

Das ist der offene Vorwurf, daß die Regierungskommission emigrierte Verbrecher bevorzuge, während sie anständigen Elementen den Aufenthalt verweigere.

Diesem Blatte hat neulich dieselbe Regierungskommission ein längeres Verbot — abgelehnt.

Fortsetzung siehe 2. Seite

Kapitel. Dafür zwei Beispiele: Eine Frau äußert sich abfällig über Deutschland und wird wegen Herabsetzung eines befreundeten Staates zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. So geschehen vor noch kurzer Zeit in Zoppot. Ein anderer Fall: Die SA feiert Weihnachten in einem Forsthaus. Alles ist betrunken. Es entzieht ein Streit. Ein Handwerker wird erschlagen. Doch — die Stimmung ist nicht beeinträchtigt. Der Tote wurde fortgeschafft. Die Feier ging weiter. Der SA-Mörder geht heute noch frei herum. Es war wieder einmal Notwehr.

Herrlich ist es nur für einen Ausländer in Danzig zu leben. Ist man noch Angehöriger einer einflussreichen Macht, dann stehen wieder die Befehle zum Schutze auf, die dem eigenen Landsmann bereits eine Märchenerrinerung geworden sind. So hatte unlängst ein Pole, als SA-Banditen vorbeimarschierten, nicht die Hand erhoben. Die Folge war leiblich, Eingliederung in die „Volksgemeinschaft“ und Zertrümmerung eines Trommelfells. Für das kaputtgeschlagene Trommelfell wurde vom polnischen Generalkonsul eine Rechnung von einer Viertelmillion Danziger Gulden präsentiert. Der Danziger Senat entschuldigte sich wegen des Vorfalls und versprach Regelung der Angelegenheit. Ein Danziger Trommelfell ist billiger.

Mit Meinungsterror ging man auch gegen die in Danzig lebenden Deutschen vor, als der Wahlschwindel vom 12. November im Gange war. Ein Schiff, die „Preußen“, wurde offiziell gedortert, um die Abstimmlung auf hoher See durchzuführen. Der Deutsche, der nicht mitfahren wollte, wurde mit öffentlicher Brandmarkung und wirtschaftlicher Schädigung, z. B. Rentenentzug, bedroht. Ein kleiner Ausschnitt, wie die berühmten vierzig Millionen zustande kamen.

Trotz der offiziellen und immer wieder betonten Freundschaft zu Polen versucht man kleine Durchstechereien an der deutsch-danziger Grenze. Bekanntlich gehört Danzig dem polnischen Zollgebiet an. Waren aus Deutschland unterliegen daher dem Zoll an der Grenze. Was konnte man aber unlängst beobachten? Ein verlumpfter, frierender Haufen SA-Jünger stand in zeretzten Kleidern am Bahnhof. Marschroute war das deutsche Marienburg. Am nächsten Tage erzählten die Jüngelchen, daß sie in Marienburg vollständig neu eingekleidet wurden, braune Uniformen bekamen und noch mehr schöne Dinge über die deutsch-danziger Grenze geschoben haben. Und dies unter den Augen der beifällig grinsenden Danziger Zollbeamten!

Wie geht es der Danziger Bevölkerung? Schlecht! Die kapitalistische Nazi-Ankurbelung der Wirtschaft hat sich als ein Schlag ins Wasser erwiesen. Der Mittelstand liegt daneben. Er, der die begeistertsten Nazionhänger stellte, ist heute am meisten erbittert. An ihm und besonders an den Armen rächt sich die ganze Entwicklung. Der Danziger Hafen, das Rückgrat der Wirtschaft überhaupt, kommt zu keinem neuen Flor. Die Arbeitslosenzahlen sind unverändert, ja steigen. Offiziell ist alles in schönster Blüte. Man streicht an der Arbeitslosenzahl herum, baut auch Autostraßen. Wer braucht diese? Kommen sie der Wirtschaft zugute? Nein, der Bau geschieht aus strategischen Gründen. Die Bahn geht von Danzig nach Elbing ohne Berührung polnischer Gebiete über eine Weichselbrücke. Bald gibt es wie in dem gesagten Ostpreußen keine Arbeitslosen“ mehr. Dann ist alles in Uniform oder darf für einige Groschen, die früher die Arbeitslosenunterstützung ausmachte, für die Kriegsziele der Bourgeoisie seinen Schweiß hingeben.

Und der politisch aufgeklärte Arbeiter sieht die Entwicklung. Mit Ingrimm im Herzen geht er durch die Straßen, glaubt sich in einem Irrenhaus befindlich und schüttelt den Kopf über die Armen im Geiste.

Aber die SA marschiert. Täglich spielen verbummte Kleinbürger Soldaten. Handgranatenwerfen — Auf — Nieder! Dann ein militärisches Schauspiel: Aufzug der SA-Wache vor dem Brigadekommando Ost. Feinlich genau hat man es der großen Reichswehr abgeguckt. Drei Schritte vor, kehrt drei Schritte zurück. Nein, nicht drei Schritte zurück. Jahrzehnte, Jahrhunderte zurück! In die Dummheit und Grausamkeit vergangener Zeiten. Dafür wird marschiert, dafür kämpfen heute Arme in einer Front mit ihren Feindern.

Konflikt mit Oesterreich

Die deutsche Reichsregierung lehnt die österreichischen Forderungen ab

Eine volle Woche hat die deutsche Reichsregierung dem deutschen Volke verschwiegen, daß die österreichische Regierung einen sehr ersten Schritt in Berlin unternommen hat. Nun endlich, nachdem im Ausland und in den gefährdeten „Emigrantenblättern“ die Angelegenheit behandelt worden ist, fühlt sich die Reichsregierung zu folgender amtlichen Mitteilung bewegen:

Ausländische Blätter haben in den letzten Tagen wiederholt gemeldet, die österreichische Regierung habe sich an den Völkerbundsrat gewandt, um dort das deutsch-österreichische Verhältnis zur Sprache zu bringen.

Zu diesen Nachrichten ist zunächst darauf hinzuweisen, daß der österreichische Bevollmächtigte in Genf selbst in Abrede stellt, bei seinem letzten Besuch bei dem Generalsekretär des Völkerbundes andere Dinge als rein österreichische Fragen zur Sprache gebracht zu haben.

Richtig ist, daß der österreichische Gesandte im März vorigen Amt im Auftrag seiner Regierung vorstellig geworden ist und eine Reihe von Beschwerdepunkten über angebliche Einflußnahme gewisser reichsdeutscher Kreise auf die nationalsozialistische Bewegung in Oesterreich zur Sprache gebracht hat mit dem Hinweis, daß Oesterreich sich an den Völkerbund wenden würde, falls diesen Beschwerden nicht Rechnung getragen werden sollte.

Die einzelnen Behauptungen werden zur Zeit in Berlin geprüft und, wie jetzt schon gesagt werden kann, auf Grund des Ergebnisses dieser Prüfungen binnen kurzem nachdrücklich richtiggestellt werden.

Aus dem Schlußsatz geht hervor, daß die Reichsregierung auf eine Verklärung des Konfliktes hinarbeitet, wenn der Rat nicht nur eine Irrföhrung der deutschen Öffentlichkeit zum Zweck haben soll.

Falls die Reichsregierung Oesterreich zwingt, sich hilfelegend an den Völkerbund zu wenden, wird sich die Spannung in Europa noch erhöhen, weil der österreichische Schritt die Bemühungen, Deutschland an den Verhandlungstisch nach Genf zurückzuführen, noch erschweren wird.

Saar-Zustände

Fortsetzung von der 1. Seite

Die Autorität der Regierungskommission wird in den schweren vor uns liegenden Monaten sich nicht durchsetzen können, wenn es möglich ist, eine solche jedes Maß der Kritik übersteigende Debatte gegen das Regierungsorgan des Völkerbundes im Saargebiet zu entfalten.

„Verbrecher an der Saar“

Wie sie schimpfen!

Johann von Peers, der bekannte Judenbetrachter, schreibt in seiner „Außenpolitischen Umschau“: „Verbrechertum ist es, was an der Saar von der dortigen Polizeiverwaltung des Völkerbundes angestellt und im Polizeidienst verwandt wird. Die aus Deutschland wegen ihrer Verbrechen und ihrer Verkommenheit geflüchteten Handlanger von Jsidor Weiss werden hier sogar im Saargebiet mit besonderen Zuschüssen als Quasibürger gegen die deutsche Bevölkerung angestellt. Und doch bleibt die Saar deutsch!“

Ende der deutsch-französischen „Unterhaltung“

Englisch-italienische Bemühungen

London, 25. Jan. In dem Kabinettsrat am Mittwoch, so berichtet der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“, sei die Ansicht zum Ausdruck gekommen, daß England und Italien weiterhin Vermittlungsdienste auf diplomatischem Wege in der Abrüstungsfrage leisten sollten. Von der sofortigen Enderufung einer Viermächtekonferenz sei nicht die Rede gewesen.

Der politische Korrespondent der „Morning Post“ will wissen, daß auf der Mittwochssitzung des Kabinetts Einmütigkeit über den Inhalt des neuen britischen Abrüstungsvorschlags, der die gegensätzlichen Auffassungen Frankreichs und Deutschlands veröhnen solle, erreicht worden sei. Der Korrespondent betont, daß die diplomatischen Abrüstungsverhandlungen auf englischer Seite einzig und allein in den Händen von Sir John Simon liegen.

Der politische Berichterstatter der „Daily Mail“ meldet, daß das Kabinett beschlossen habe, nächste Woche beim Wiedereintritt des Parlaments eine endgültige Erklärung über die Abrüstungspolitik abzugeben. Die Regierung werde darin die Fortsetzung der diplomatischen Erörterungen anregen. Am Donnerstag soll der Abrüstungsausschuss des Kabinetts eine Sitzung abhalten, um die Einzelheiten dieser Erklärung zu besprechen.

DNB. London, 25. Jan. Der Pariser Vertreter der „Times“ meldet: Die amtlichen und nichtamtlichen Kreise in Paris scheinen überzeugt zu sein, daß durch eine Fortsetzung der unmittelbaren deutsch-französischen Besprechungen nichts gewonnen, aber viel verloren werden könnte. Das Interesse ist jetzt beinahe vollständig auf die Möglichkeit eines britischen Eingreifens gerichtet und auf die Form, in der es erfolgen könnte. Man befürchtet, daß Frankreich aufgefordert werden würde, viel weitergehende Zugeständnisse zu machen, als es schon bisher zu machen bereit war.

Weber die gestrige Erörterung der Abrüstungsfrage durch das Kabinett berichtet die „Times“ lediglich, es sei beschlossen worden, die Angelegenheit in den Händen des Abrüstungsausschusses des Kabinetts zu lassen, da die Besprechungen auf diplomatischem Wege weitergingen.

Politischer Bankrott

Fiasko des Abrüstungsredes

DNB. Paris, 25. Jan. Die aus London vorliegenden halbamtlichen Meldungen über eine Vermittlung in der Abrüstungsfrage, die die britische Regierung in Berlin und Paris beabsichtige, befriedigen die französische Presse keineswegs.

London, 25. Jan. (Gavad.) Außenminister Simon empfing den österreichischen Gesandten in London, der vom Schritt der österreichischen Regierung in Berlin Kenntnis gab. Der österreichische Gesandte sagte bei, daß die Regierung die Absicht habe, die Angelegenheit vor den Völkerbund zu bringen, falls Berlin keine günstige Antwort erteile. Die Regierung hoffe unter diesen Bedingungen auf die Unterstützung Großbritanniens.

Vom Fackelzug zum Bettel

Der 30. Januar

Am Abend des 30. Januar 1933, als der Reichspräsident in der Beizweilung über einen Durchseinander von militärisch-kapitalistisch-unterstützten Inträgen Adolf Hitler zum Reichskanzler machte, waren die Massen im Reiche, um mit Göbbels zu reden, von einem sinnlosen Taumel erfasst. Das „dritte Reich“ war da, der Himmel aus Erden begann. Ist nun dieser Taumel, ist auch nur Begeisterung nach einem Jahre noch vorhanden? Der gute Kenner der Massenstimung, Göbbels, verneint es. Er bittet in einem Aufruf die Bevölkerung, von äußeren pompbaltischen Festen, Fackelzügen und ähnlichem abzusehen und wünscht statt dessen Spenden für die vielen Millionen, die das „dritte Reich“ trotz aller Versprechungen hungern und frieren läßt. Der Bettelaufruf legt sich ein recht bescheidenes Ziel. Die 15 Millionen Unterstützungsbetraglichen sollen als Festgabe des „dritten Reiches“ je eine Reichsmark in Lebensmittelausweise erhalten. Außerdem sollen 65 Millionen Gutscheine über je einen Zentner Steinkohle oder Braunkohlebricketts gegeben werden.

So sieht das „dritte Reich“ nach einem Jahre aus! Alle Nachläge und alle Feste und alle Fahnenmärsche enden in dem „Sozialismus“ eines Bettels für Lebensmittel und Kohle, eines Bettels, der, so groß und mit Zwang er auch angegrüßt wird, jedem Hungernden und Frierenden nur unzulänglich hilft.

Eine Theatersitzung des Scheinparlamentes

Wie das Deutsche Nachrichtenbüro mittels, ist der Reichstag für Dienstag, den 30. Januar zu einer Sitzung eingeladen worden. Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt: Entgegennahme einer Erklärung durch die Reichsregierung.

Schwere Explosion

auf der Völklinger Hütte

Heute morgen 10 Uhr ereignete sich während der Frühstückspause in dem Frühstückssaal des Völklinger Edelfabrikwerks in Völklingen (Saar) eine schwere Explosion. Aus noch unbekannter Ursache gab es plötzlich einen Knall. Mauern und Decke stürzten ein. Alle in dem Raum befindlichen Arbeiter wurden unter den Schuttmassen begraben. Bis jetzt konnte nur die Leiche eines Arbeiters geborgen werden.

40 Arbeiter sind bisher verletzt, darunter einige schwer, aus den Trümmern hervorgezogen worden. Der Aufseher der Arbeiter fehlt noch. Man vermutet, daß auch er unter den Trümmern liegt. Als Ursache des Unglücks vermutet man, daß irgendwo unter der Erde in der Nähe des Frühstückssaales eine Gasleitung undicht geworden war.

Der „Excelsior“ bezeichnet die Erfolgsaussichten der britischen Vermittlung als mittelmäßig. Zweifellos mache sich Macdonald selbst gar keine Illusionen über sein Vermittlungsanerbieten. Er würde wohl in große Verlegenheit geraten, und die Kennzeichnung der öffentlichen Meinung in England würde wohl noch größer sein, wenn Frankreich diese Anregung unter der Bedingung annehmen würde, daß England schwarz auf weiß die Verantwortung für alle möglichen Folgen übernehmen würde.

Ähnlich skeptisch äußert sich „Figaro“, der schreibt, der englische Vermittlungsvorschlag laufe darauf hinaus, eine Reihe der deutschen Verteidigungsmassnahmen ohne die geringste Gegenleistung nur um der Liebe zur Freiheit willen zu erlauben.

„Le Jour“ bringt einen mit drei Sternen gekennzeichneten Artikel, der vermutlich von einer hohen militärischen Persönlichkeit geschrieben ist. Eingangs wird darin bemerkt, daß der oberste Kriegsrat und der oberste Verteidigungsrat nicht um die neuen Abrüstungspläne um Rat gefragt worden seien. Die genannten Stellen hätten im vorigen Jahre doch einen Mindestrüstungsplan aufgestellt, unter dem Frankreich unter den gegebenen Sicherheitsbedingungen nicht hinuntergehen dürfe. Dieser Mindestplan sollte ohne die Zustimmung der beiden erwähnten Räte keine Veränderung erfahren.

„Journal“ sucht an Hand des Beispiels der Flottenrüstungen die Haltlosigkeit von Abrüstungsabmachungen zu beweisen. Kein Land habe die ihm zugewiesene Höchstgrenze der ihm zugebilligten Flottenrüstung überschritten, und dennoch habe sich das Mißverhältnis der Bedürfnisse der einzelnen Länder deutlich gezeigt. Auch der politische Bankrott der Flottenabrüstungsabmachungen sei ganz offensichtlich. Zwischen Frankreich und Italien sei eine Rivalität entstanden, die früher nicht vorhanden gewesen sei. In England sei ein Gefühl der Unsicherheit aufgekommene, wie man es nicht einmal in den schlimmsten Tagen des französisch-englischen Wettkaufs gekannt habe. Amerika und Japan seien so argwöhnisch gegeneinander geworden, daß die frühesten Beziehungen bereditigt seien. Wie sei demnach der absurde Charakter der Theorie hervorzuheben, daß man die Sicherheit durch Rüstungsvorschriften gewährleisten könnte. Was die Beziehungen der Völker betreffe, das seien die Leidenschaften, die der Kontrolle entgegen, ferner die Rechte politischer Streitigkeiten, die sich auf dem Papier nicht regeln lassen, und vor allem das gestörte wirtschaftliche Gleichgewicht.

Die gewaltigen Ostbefestigungen

700 Millionen Franken Kreditüberschreitungen

Paris, 25. Jan. Nach dem „Petit Parisien“ soll Kriegsminister Daladier gestern vor dem Finanzausschuss der Kammer die Höhe der Kreditüberschreitungen bei den Befestigungswerken an der französischen Ostgrenze ziffernmäßig mit 700 Millionen Franken angegeben haben.

Geheimversammlung mit Papen

(Anprek.) Der Bizekanzler von Papen sprach vor den Mitgliedern des „Hamburger Nationalclubs von 1919“ im Hotel Atlantik. Der Vorsitzende des Clubs, der frühere Senator von Berenberg, verweigerte allen Berichterstattern, einschließlich dem des nationalsozialistischen Parteiblattes, den Zutritt zu der Veranstaltung.

Stavisky-Nachspiele

Paris, 26. Jan. Der gestern verhaftete Taxator des Bagonner Leibhauses, Henry Cohen, soll 20 Millionen, die höchstens 30.000 Franken Wert hatten, zur Befehlung mit 1.800.000 Franken eingeschätzt haben. Cohen verteidigt sich damit, daß er erklärt, die ihm jetzt vorgelegten Schmuckstücke seien nicht mit denen identisch, die ihm seinerzeit zur Abschätzung vorgelegt worden waren und die er damals wertensprechend eingeschätzt habe.

Paris, 25. Jan. Dem „Journal“ wird aus Bayonne gemeldet, daß der verhaftete Direktor der Versicherungsgesellschaft La Confiance, Guebin, nicht nur mit Stavisky unter einer Decke gesteckt habe, sondern sogar einer der Anführer der Betrugsaffäre gewesen sein soll. Guebin soll Beweise gegeben haben, daß man in Bayonne für mehrere Millionen Franken falsche Kassenaussweise ausstellen möge, die er, Guebin, dann bei Banken und Versicherungsgesellschaften untergebracht habe. Guebin habe jährlich 800.000 Franken als Direktor seiner Versicherungsgesellschaft verdient, aber monatlich 120.000 Franken ausgegeben.

Erdbeben in China

Kaserne stürzt ein — Hunderte Tote

Peiping, 25. Jan. Ein schweres Erdbeben hat, wie erit jetzt bekannt wird, am Sonntag die Provinz Schaun und Kanu sowie die innere Mongolei, insbesondere den Bezirk Tsuihua heimgesucht. Nach den bisher vorliegenden Berichten sind die Städte Weihsu und Tsaiwan am größten Teil zerstört worden. In Tsuihua, wo eine starke Garnison liegt, sind durch den Einsturz von Kasernen Hunderte von Soldaten ums Leben gekommen, und auch unter der Zivilbevölkerung sind zahlreiche Opfer zu verzeichnen.

Deutscher Reichsstatthalter

Dokumente aus dem Leben eines Naziführers:

Reichsstatthalter für Hamburg ist Pg. Kaufmann. In seinem Gebiete werden seit einiger Zeit unter der Hand Fotografien von nationalsozialistischen Dokumenten verteilt, die den Herrn Reichsstatthalter einer Reihe von ehrenrührigen Handlungen beschuldigen, u. a. des Ordensschwindels und der Urkundenfälschung. Die Schriftstücke haben folgenden Wortlaut:

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei U.S.A. - Bezirk Bergisch Land/Niederrhein

Postcheck-Konto Köln 67734
Fritz Overdeck, Düsseldorf

Fernruf 60928

Remscheid,
DÜSSELDORF, den 22. Juli 19 29.
Lichtstrasse 30 (Gartenheim)
Haltestelle Linie 14
Ahornstrasse 1.

Betrifft: Sache Günther/Kaufmann.

1. Vorgang: Als im Frühjahr 1928 Pg. Koch gegen den Gauleiter Kaufmann heftige Angriffe wegen der Geschäftsführung und Pflichtauffassung (Kassenführung etc.) erheben mußte, hatte Pg. Günther in Elberfeld eine Unterredung mit Kaufmann, in welcher Kaufmann, um Günther für sich zu stimmen, den Vorwurf des Ehebruchs gegen die Gattin Kochs erhob. —

Günther machte Koch pflichtgemäß davon Mitteilung.

Koch stellte Kaufmann zur Rede. Kaufmann tritt unter Ehrenwort ab, irgend eine Äußerung über die Gattin Kochs getan zu haben. Vielmehr beauftragte er sogar Koch, Günther mitzuteilen: „Er sei wegen dieser aus der Luft gegriffenen Behauptung ein Lump.“

Günther forderte Kaufmann, Kartellträger cand. jur. Windgassen. Kaufmann nahm Forderung an. Ein gemischtes Ehrengericht (Dtsch. Burschenschaftler und Mitglieder der NSDAP.), welches am 23. Dezember 1928 zusammentrat, konnte, da von seiten des Pg. Günther ein Beisitzer entschuldigt am Erscheinen verhindert war, nicht zum Spruche schreiten. Einen nochmaligen Zusammentritt des Ehrengerichts verhinderte Kaufmann mit der bequemen Bemerkung: „Er könne nicht nochmal seine Beisitzer auffordern, zum Ehrengerichte zu kommen. Für ihn sei die Sache erledigt, und er weigere sich, sich zu irgendeiner Genugtuung bereit zu finden.“

Abgesehen davon, daß dieses Verhalten Kaufmanns nach dem Ehrenkodex sämtlicher nationalen Bewegungen eine totale Unmöglichkeit darstellt, daß weiterhin seitens des Pg. Günther durch deren Organ, der Deutschen Burschenschaft, eine Reichsinfamierung Kaufmanns (Schwarze Liste der Infamierten) bei fortgesetzter Weigerung sofort und einfach durchgeführt werden konnte, legte jedoch der Pg. Günther vor einem Ehrengerichte nicht so großen Wert auf Erreichung der Genugtuung, als vielmehr auf endgültige Feststellung der Tatsache: der Satisfaktionsunfähigkeit, d. h. der Unhonoriertheit Kaufmanns. Pg. Günther spricht Kaufmann aus folgenden Gründen die Honoriertheit, die man einem jedem dtsh. Manne zu zollen hat, ab.

1. Kaufmann hat 8 Jahre lang seinem großen politischen Bekanntenkreis wahrheitswidrig vorgelogen, er sei alter Frontsoldat.
2. Um diese Lüge glaubhaft zu machen, hat er sowohl mit dem EK. II. als auch mit dem Offizierflieger-Beobachtungsabzeichen Ordensschwindel getrieben und diese Auszeichnungen, deren letzteres nur für Tapferkeit vor dem Feinde verliehen wurde, getragen. Dieses bis in die letzten Jahre hinein. (Anlage-Urkunde.)
3. Pg. Kaufmann nahm anlässlich der Wahlen Nov.-Daz. 1924 in seinem Familienstammbuch eine Urkundenfälschung vor, um dadurch ein Jahr älter zu sein und sich dadurch das passive Wahlrecht zu erschleichen. Zeuge hierfür: Der Bruder Alfred Kaufmann, z. Zt. München-Hohenzollernstraße. Es liegt hier schwere Urkundenfälschung nach § 267 Abs. 2 BGB. vor. Dieser § besagt: Wer in rechtswidriger Absicht zum Zwecke der Täuschung inländische öffentl. Urk. verfälscht und von derselben zum Zwecke der Täuschung Gebrauch macht, wird mit Gefängnis bis zu 5 Jahren bestraft.
4. Kaufmann gab sowohl dem Pg. Veller wie auch dem Pg. Koch eine ehrenwörtliche Versicherung ab, die sich späterhin als unwahr herausstellte. (Aussagen, Urkunden wie Feststellungen seitens Major Buch selbst.)
5. Kaufmann hat in unverantwortlicher Weise die Gattin des Pg. Lute wie die des Koch verleumdet und ihnen dadurch die „Hrre abgeschnitten.“

Der Vorsitzende des U. S. A.:
gez. Kratz.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei, U.S.A. - Bezirk Bergisch Land / Niederrhein

Postcheck-Konto Köln 67734
Fritz Overdeck, Düsseldorf

Fernruf 60928

Remscheid,
DÜSSELDORF, den 22. Juli 19 29.
Lichtstrasse 30 (Gartenheim)
Haltestelle Linie 14
Ahornstrasse 1.

Betrifft: Sache Günther/Kaufmann.

II. Ergebnis der Untersuchung: Nach Durchsicht und Kenntnisnahme beigefügter Urkunden kommt der U. S. A. des Bezirks Bergisch Land/Niederrhein in Sachen Günther/Kaufmann zu folgendem Urteil:

1. Pg. Günther hat sich in der Kontroverse Koch/Kaufmann, veranlaßt durch Kaufmanns Äußerungen über Kochs Gattin, durchaus loyal und korrekt benommen.
2. Die Aussage des Pg. Günther, daß Kaufmann die Gattin Kochs des Ehebruchs bezichtigt hat, ist durch die Unterlagen (Brief Essen-Veller) als richtig erwiesen.
3. Die Behauptung Kaufmanns über die Ehefrau Koch jedoch durch die Tatsache als Verleumdung entlarvt, daß Kaufmann selbsts Koch gegenüber bei Zuredestellung seinen Vorwurf gegen die Frau Koch nicht nur nicht aufrecht erhielt, sondern sogar ehrenwörtlich abtritt, diesen Vorwurf niemals gemacht zu haben.
4. Es liegt so auf Grund der Unterlagen in dieser speziellen Angelegenheit „Frau Koch“ ein Ehrenwortbruch des Parteigenossen Kaufmann vor.
5. Die Beleidigung Kaufmanns, Günther sei ein Lump, ist auf Grund der Unterlagen zu Unrecht erfolgt.
6. Ordensschwindel, Urkundenfälschung, doppelter Ehrenwortbruch, a) Brief Veller — b) Angelegenheit Frau Koch, Tatsachen, die durch die Unterlagen für den U. S. A. als erwiesen gelten, zwingen letzteren dazu, Kaufmann die Honoriertheit abzuspochen.
7. Auf Grund der Richtlinien der U. S. A. — R. L. vom Oktober 1928 hat der U. S. A. des Bezirks Bergisch Land/Niederrhein es nicht mehr für nötig erachtet, in Anbetracht der lückenlos vorliegenden Unterlagen und Urkunden den Pg. Kaufmann zu vernehmen und somit von dem ihm lt. U. S. A. — R. Ls. Richtlinien — Oktober 1928 — zustehenden Recht der Nichtvernehmung Gebrauch gemacht.

Der Vorsitzende des U. S. A.:
gez. Kratz.

Gefängnis! Gefängnis!

Wenn man die Wahrheit sagt

Aus Gießen wird gemeldet:

Wegen Beleidigung der Reichsregierung, deren Maßnahmen er in einer Gießener Volkswirtschaft abfällig kritisierte, erhielt der frühere Privatdozent an der Universität Gießen Dr. Georg Mayer vom Schöffengericht drei Monate Gefängnis auf Bewährung. Die Verurteilung erfolgte auf Grund der Verurteilung des Reichspräsidenten zum Schutze der Reichsregierung gegen heimtückische Angriffe.

Ferner verurteilte das Gießener Schöffengericht den Taddeker Theodor Ruckstuhl aus Gießen zu vier Monaten Gefängnis, weil er in einer Wirtshaus in Lohbach erklärt hatte, die Reichsregierung habe den früheren Kommunistenführer Thälmann unschuldig ins Gefängnis gesperrt.

Aus Frankfurt a. M. wird berichtet:

Ein 22-jähriger Milchsträger aus Reunied beunahmte im vergangenen Herbst die Rirmer in Rodendorf. In angegrunkenem Zustand mischte er sich in eine Debatte und äußerte einem Nationalsozialisten gegenüber, daß bei der Winterhilfe Schwierigkeiten vorkämen; auch machte er noch andere gewagte Bemerkungen. Das Sondergericht verurteilte ihn den damals inhaftierten Milchsträger wegen Vergehens gegen die Regierung zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung zu drei Monaten Gefängnis. Es könne keinem Zweifel unterliegen, daß die Behauptungen von außerordentlichem Ausmaß gewesen seien, aber das Gericht konnte den Fall milder ansehen, weil einmal die Behauptung gegenüber einem Nationalsozialisten aufgestellt wurde und so keinen Schaden bringen konnte und weil die Angegriffenheit des Angeklagten bei ihm gewisse Demutungen bezeugt hatte.

Kanaille!

Zustand der deutschen Presse

(Zusatz.) Das Organ des Herrenklubs, „Der Ring“, schreibt in seiner letzten Nummer unter dem Titel: „Um Hermann Göring“: „Der preussische Ministerpräsident ist in vielen Gebetsstagsartikeln der deutschen Presse gefeiert worden. Davon, daß diese marfanthe Persönlichkeit des Nationalsozialismus nicht nur im Brennpunkt der Berichterstattung, sondern auch der Kritik steht, war in diesen Artikeln nichts zu lesen. Nur ein nationalsozialistisches Blatt, die „Eisener Nationalzeitung“, die Göring besonders verbunden ist, sprach die Dinge aus, von denen man doch weiß, daß sie nicht unbekannt bleiben. Göring kennt keine menschlichen Schwächen, ebenso wie jeder von uns die eigenen Schwächen normalerweise kennt, und er mischt sogar gern selbst darüber, so liest man in diesem Blatt. „Wenn in diesen alles, was heute morgen an Vobpreisungen über Hermann Göring in der deutschen Presse erscheint, ergebnislos wäre, so müßte das deutsche Volk wahrheitslieblich glauben, der preussische Ministerpräsident sei schon so etwas wie ein Gott auf Erden. So schmachlich ist es leider um die innere Wahrheit und Aufrichtigkeit der deutschen Presse heute bestellt, daß man so etwas ohne weiteres voraussetzen kann.“

Tolle Gerichtsurteile

Schande der deutschen Justiz

Berlin, 25. Jan. Vom Berliner Sondergericht wurde eine Sprachlehrerin zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, weil sie abfällige Äußerungen über den Luftschutz gemacht und behauptet hatte, die Mittel der Winterhilfe würden nicht bestimmungsgemäß verwendet. Der Staatsanwalt erklärte, es wäre höchste Zeit, daß sich die Gerichte etwas energischer mit den reaktionären Kreisen, zu denen die Angeklagte dieses Prozesses gehöre, beschäftigten. Die Reaktion müsse erkennen, daß sie vom einem Gericht des neuen deutschen Staates ebenso wie Waffrisen oder gar Kommunisten eine Milde nicht erwarten könne.

In einem anderen Falle verhängte das Sondergericht gegen eine Pagenarbeiterin auf Grund des Gesetzes zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung eine Strafe von 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis. Die Angeklagte hatte in Briefen an ihre Schwester in Neuworf unwahre Behauptungen aufgestellt, die nach Ansicht des Gerichts geeignet waren, das Ansehen des nationalsozialistischen Staates zu gefährden. Bei der Treuekontrolle waren diese Briefe zurückgehalten worden.

„Hochverräter“

Viele Jahre Zuchthaus und Gefängnis

Lüneburg, 24. Jan. Im 4. Lüneburger Hochverratsprozess wurde am 24. Januar das Urteil gefällt. Es lautete gegen den Lüneburger Steinweg, der den Bestand der SPD. in Lüneburg neu gründen wollte, auf drei Jahre Zuchthaus, drei Jahre Ehrverlust, gegen den Harburger Verbindungsmann Bormann auf zwei Jahre sechs Monate Zuchthaus und drei Jahre Ehrverlust, gegen den Harburger Rossmeyer, der nach Bormanns Verhaftung die Arbeit fortsetzte, auf zwei Jahre Zuchthaus und drei Jahre Ehrverlust. Die übrigen Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen von zwei Wochen bis zwei Jahren sechs Monate. Ein Angeklagter wurde freigesprochen. Der Präsident sagte zusammen, daß der Lüneburger Hochverratsprozess gezeigt habe, wie die SPD. bemüht gewesen sei, in der Umgebung von Lüneburg den bewaffneten Aufstand durch Beschaffung von Waffen und Munition vorzubereiten und wie sie durch Aufbau des Parteiapparates und durch Verteilung ihrer verbotenen Deypreze versucht habe, die Massen für ihre hochverräterischen Ziele zu gewinnen. Die Tat der verurteilten Angeklagten seien um so verwerflicher, als sie den beginnenden Gesundungsprozess zu fördern geeignet und damit gegen das Reich und seinen Bestand gerichtet gewesen seien.

Weitlicher Eid zulässig

Religiöser Eid die Regel

Aus dem Wortlaut des Gesetzes zur Einschränkung der Eide im Strafverfahren wird der Schluss gezogen worden, daß das bisher bestehende Recht, zwischen der religiösen und der sogenannten weltlichen Eidesform zu wählen, befreit sei. Die Reichsregierung hat sich, wie ein Nachrichtenbüro meldet, mit der Frage befaßt und sich dahin schlüssig gemacht, daß eine Befreiung der Wahlmöglichkeit nicht in ihrem Sinne liege. Die Reichsregierung geht jedoch davon aus, daß der religiöse Eid in einem Staat von betont christlicher Prägung durchaus die Regel sein solle.

Wir vermuten in diesem „Entgegenkommen“ nur eine Falle. Der den weltlichen Eid schwört, ist Kandidat für ein Konzentrationslager.

Riesenpleite des Mittelstandes

Eine Handwerkskammer plaudert aus der Schule

h. b. Will man heute den wahren Zustand der deutschen Wirtschaft untersuchen und die große Spanne, die zwischen den himmelstürmenden Versprechungen der Nationalsozialisten und ihren tatsächlichen Erfolgen besteht, messen, so ist man in den meisten Fällen darauf angewiesen, kunstgerechte, komplizierte Berechnungen und Betrachtungen anzustellen, die dem Laien oftmals nicht leicht eingehen. Da ist es gut, daß die gleichgeschalteten Wirtschaftsstellen des „dritten Reiches“ hin und wieder ein wenig Hilfestellung geben, indem sie populäres, allgemeinverständliches Material über die wahre Wirtschaftslage von sich geben.

Diesmal hat sich die Hensburger Handwerkskammer bewogen gefühlt, das Triumphgeschrei der neuen Deutschland über die ökonomischen Erfolge des neuen Deutschland auf das richtige Maß zurückzuführen. Sie hat am Jahresende einen offiziellen Bericht herausgegeben lassen, der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Die „Hensburger Nachrichten“ haben ihn in ihren letzten Jahresausgaben ausführlich abgedruckt. Hoffentlich ist es den Herren dieser Zeitung angenehm, wenn wir ihre Auslassungen einer weiteren Leserschaft mitteilen.

Vorerst wird in der Nr. 300 das Weihnachtsgeschäft behandelt. Das sieht so aus:

Nicht überall sind unsere Geschäftslente nach dem, was man so hört, mit dem Weihnachtsgeschäft zufrieden gewesen. Vor allem dort, wo es sich um mehr oder weniger ausgesprochene Luxusartikel handelt, ist die Höhe des Jahresumsatzes nicht oder doch nur knapp erreicht. Aber auch in den ausgesprochenen Gebrauchsgüter ist der Absatz teilweise nicht so rege gewesen, wie man es sonst in der Weihnachtszeit beobachten konnte. Diese Tatsache ist nun für manche Grund genug gewesen, um der Reichsregierung den Vorwurf zu machen, daß sie sich um die Wirtschaft um die Früchte der Belebung in dieser wichtigen Saisonzeit gekümmert habe durch die großen Anforderungen, die die Winterhilfe an die in Lohn und Brot stehenden stellte. Die Klatschheit dieser Auffassung wird niemand bereiten.

Jeder, der im Wirtschaftsleben unserer Stadt und unseres Landes steht, weiß aus ureigenen Anschauungen, daß bei uns die Zahl der Kaufleute nicht gering ist, die in diesem Jahre eine Einbuße in ihrem Umsatz erlitten haben.

So, so, die Zahl derer ist nicht gering! Soweit wir den deutschen Mittelstand kennen — und wir kennen ihn gut! — wird ihn dieser Erfolg nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik nicht gerade zufriedenstellen. Auch der aus der Zeit der Arbeitslosigkeit so bekannte Trost:

„Aber dafür ist sicher in den besonders schwer bedrückten Gebieten, wie beispielsweise im Waldenburger Industrieviertel, eine stärkere Belebung zu verspüren.“ — wird bei dem enttäuschten Mittelständler nicht verfangen. Seine eigene Registrierkasse sieht ihm näher unter der Nase als die sagenhafte Wirtschaftsbelebung in Waldenburg.

Aber es kommt noch besser! In den Nummern 304 von 1933 und 1 von 1934 steht der oben erwähnte Handwerkskammerbericht, der ein „Handwerkskammerbericht“ genannt zu werden verdient. In der Einleitung dieses Berichtes wird gesagt:

„Durch das Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit ist es der Regierung unter grundsätzlicher Abkehr von den früheren Methoden der Wirtschafts- und Finanzpolitik gelungen, in fast allen Berufszweigen der Handwerkswirtschaft eine Wiederbelebung zu erreichen.“

Und dann geht es los:

„Im Töpfer- und Eisenwerkhandwerk hat die saisonmäßige Beschäftigung ihren Höchststand erreicht und zeigt im allgemeinen schon wieder rückläufige Tendenzen. Es wird mit Bedauern festgestellt, daß die Hausbesitzer noch immer zögern, die notwendigen Reparaturen ausführen zu lassen, was eine weitere Verschlechterung der Verhältnisse zur Folge hat. In den meisten Vorkriegsindustrien ist noch immer die Reizung vorhanden, an den billigsten Anbietern die Arbeit zu vergeben (so eine Gemeinheit! die Red.), was einerseits zu einer bedenklichen Preisdrückerei führt und andererseits die Qualitätsarbeit beeinträchtigt. In dieser Hinsicht eine erzieherische Abhilfe zu schaffen, ist ein Gebot der Zeit.“

Wie wäre es, wenn in Zukunft bei Geschäftsabschlüssen die G. und S. eingeschaltet würde? Die hat doch in bezug auf „erzieherische Abhilfe“ allerlei gelernt!

„Im Fäbberhandwerk haben die Umsätze zum

größten Teil die wertmäßige Höhe im Vergleich zur gleichen Zeit des Vorjahres nicht erreicht. Man hat in den letzten Wochen vor Weihnachten die Beobachtung gemacht, daß mehr als früher verschiedene Backwaren im eigenen Haushalt hergestellt werden. Das ländliche Fäbberhandwerk hat durch das Umtauschgeschäft von Brot gegen Getreide erhebliche Schwierigkeiten zu ertragen.

Die Preisveränderungen für Butter, Margarine und Einföhrung der Fettsteuer wirken sich nachteilig auf die verbleibende an sich beherrschte begrenzte Verdienstsperre aus.

Die Beschäftigung im Konditorhandwerk läßt sehr zu wünschen übrig. Die wertmäßige Höhe des Umsatzes konnte im Vergleich zum Vorjahre nicht erreicht werden.“

„Im Schlachterhandwerk ist der Beschäftigungsgrad gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres gleichbleibend schlecht.“

„Im Mfllerhandwerk ist die Beschäftigung im Vergleich zum vorhergehenden Vierteljahr in geringem Maße zurückgegangen. Der Mfllereinnahmeverband gibt darüber nachstehende Aufklärung:

Sehr stark liegt fast überall der Handel mit Kraftfuttermitteln. Namentlich im Rinderverbrauch macht sich die Voreindeckung bemerkbar. Auch die verminderte Verwendung der sogenannten fremden Futtermittel drückt auf den Absatz. In der Futterschrotmühlerei ist die Schrotarbeit durch die landwirtschaftlichen Schrotmühlen drückender denn je. Es ist schmerzlich außer Beachtung geblieben, daß gerade der bodenständige Kleinmüller durch die Wirtschaft der Großmühlen, Transfmfllerei, die, nachdem sie ihre Erzeugung im Auslande nicht mehr absetzen konnten, diese im Inland vertrieben, um seine Existenz als Hersteller von Mehl für menschliche Ernährung zu sichern.

Eine Mehrbeschäftigung von Personal würde in Schleswig-holsteinischen Mfllern in größerem Umfange in dem Augenblick eintreten, wo der Landwirtschaft die übertriebene Selbsthilfe, das Schrotten und Mahlen von Brot- und Futtergetreide, unterjagt wäre.

Es hat unter den heutigen Umständen keine Berechtigung, daß der Landwirt das in seiner Wirtschaft verbrauchte Getreide selbst verarbeitet.“

„Im Schlosser-, Schmiede- und Maschinenbauhandwerk hat sich die Beschäftigung im Verhältnis zum vorhergehenden Vierteljahr nicht wesentlich geändert. Eine Verbesserung trat in den Monaten Juli, August und September ein, einmal war das Maschinengeschäft besser als im Vorjahr, weiter brachte die Trockenheit erhöhte Wagenreparatur, Nachbinden und dergleichen mit sich. Ebenso sind nie so viele Flugzeuge geflattert worden, wie in den Sommermonaten dieses Jahres.“

Viele Arbeiten sind jetzt schon längere Zeit vorbei. Immerhin muß betont werden, daß das gegenseitige Vertrauen gestärkt wird (eine gute — wenn auch wenig einträgliche Arbeit für das Metallhandwerk, wüßte uns danken! die Red.) und Play greift.

Tarifföhne sind in unserem Innungsbezirk bis jetzt nicht eingeföhrt. Die Föhne betragen durchweg in den meisten Betrieben 0,60 RM. pro Stunde.

Allerdings ist auch in einzelnen Betrieben geringere Arbeitszeit eingeföhrt, die Gesellen aber dafür nicht entlassen.

In einer neulich stattgefundenen Besprechung über Tarifföhne, die man auch fürs Land einföhren wollte, haben wir gebeten, davon Abstand zu nehmen, da dann die Arbeitsaufträge in unserem Geschäft aufhören würden. Denn unbedingt notwendige Arbeiten hat der Landmann heute nicht.“

„Im Elektro-Installateur-Handwerk ist eine wesentliche wirtschaftliche Besserung zu verzeichnen. Die Tarifföhne wurden im großen und ganzen (!) eingehalten.“

„Im Schuhmacherhandwerk setzte stellenweise eine starke Nachfrage nach ZW-Stiefeln ein. Die Zahlungswaise ist durchschnittlich recht zögernd, die alten Forderungen sind zum größten Teil uncinbringlich, was eine starke Beschränkung des Betriebskapitals zur Folge hat. Die Materialpreise weisen eine steigende Tendenz in Höhe von 5 bis 10 Prozent auf.“

Schneiderhandwerk: Die starke Nachfrage nach ZW-Mänteln hat den Beschäftigungsgrad erheblich erhöht. In vielen Gebieten sind starke Preisunterbietungen festzustellen, was häufig zu einem erbitterten Konkurrenzkampf zwischen dem regulären Geschäft und der Schmutzkonkurrenz führt.“

„Im Sattler-, Tapezier- und Polstererhandwerk ist der Auftragsbestand und Be-

schäftigungsgrad gegenüber dem vorhergehenden Vierteljahr erheblich zurückgegangen, so daß kaum noch ausreichende Beschäftigung für Lehrlinge und Meister vorhanden ist. Da bei den Einkäufen mittels Ehestandsdarlehenstheinen die Möbelhandlungen bevorzugt werden, wird auch aus diesem Grunde eine Mehrbeschäftigung ausgeschlossen.“

„Im Tischlerhandwerk ist die wirtschaftliche Lage gegenüber dem vorhergehenden Vierteljahr gleichbleibend schlecht. Während in der Möbelindustrie die Beschäftigung infolge des Kapitalmangels in den letzten Monaten sogar abgenommen ist, war der Beschäftigungsgrad in der Bautischlerei derselbe.“

Die Verdienstsperre läßt sehr zu wünschen übrig, da die Möbelindustrie mit ihren billigen Serienmöbeln den Wettbewerbskampf in ungesunde Bahnen lenkt. Die Materialpreise sind im Vergleich zum vorigen Jahre teilweise erheblich gestiegen.“

„Im Stellmacherhandwerk hat die geringe Beschäftigung einen saisonmäßigen Charakter, so daß die wirtschaftliche Abwärtsentwicklung im Verhältnis zum vorigen Vierteljahr seinen Ausnahmestand darstellt.“

Es wird in den ländlichen Gebieten der Eindruck erweckt, als ob der Landwirt von dem Erlah der Steuer-rückstände Gebrauch macht und deshalb zu Aufragserteilungen schreitet. Allerdings sind zur Zeit endgültige Auswirkungen noch nicht zu übersehen.“ (Wie mag der arme Innungsmeister geschmilt haben, als er den letzten Satz auf das Papier brachte. Er ist fast so klaffend wie der bekannte Silberstreifen am Horizont! D. Red.)

„Das Glaserhandwerk leidet unter der schleppenden Neubautätigkeit, auch die Reparaturarbeiten werden mit Rücksicht auf die schwierigen Wirtschaftsverhältnisse der Hausbesitzer nur in geringem Umfange ausgeführt. Die Zahlungsabwicklung bereitet infolge der allgemeinen Geldknappheit der Auftraggeber immer noch erhebliche Schwierigkeiten.“

Steinseher- und Pfistererhandwerk: „Im allgemeinen läßt die Mehrbeschäftigung im Vergleich zur selben Zeit des Vorjahres auf eine geringe Besserung schließen (!), wenn auch zur Zeit aus saisonmäßigen Gründen ein gewisser Rückgang nicht zu verkennen ist. (!!)“

Bei den behördlichen Aufträgen handelte es sich im wesentlichen um sogenannte Rohhandarbeiten, während wirkliche Pfisterarbeiten nur in geringem Maße vorlagen.“

„Im Klempner- und Dachdeckerhandwerk haben sich die Reichszuschüsse günstig ausgewirkt. Die Zunahme der Aufträge reichte aber in den meisten Fällen nicht dazu aus, zu Neueinstellungen von Gesellen zu schreiten.“

„Im Damenschneiderhandwerk wird die Abnahme der Beschäftigung im Vergleich zur selben Zeit des Vorjahres auf 10 Prozent geschätzt.“

„Das Puhmacherhandwerk steht außerhalb einer gefunden Aufwärtsbewegung, dessen Beschäftigung im Vergleich zu dem Vorjahre zurückgegangen ist.“

„Das Friseurhandwerk klagt noch immer über eine starke Beschäftigungslosigkeit und führt als Begründung an, daß größtenteils Selbstbedienten die trööstliche Lage herbeiföhrt. Nicht mit Unrecht — sagt der Bericht — muß deshalb an das soziale Berufsgesetz aller derjenigen Bevölkerungskreise appelliert werden, die durch das Selbstbedienen die Existenzgrundlagen des Friseurhandwerks allmählich vernichten.“

„Dem Fotografehandwerk ergeht es nicht besser. Auftragsbestand und Beschäftigung haben zwar infolge der saisonmäßigen Einflüsse des Weihnachtsgeschäftes gegenwärtig zugenommen, wenn auch im Vergleich zum Vorjahre ein gewisser Rückgang eingetreten ist.“

Damit schließen die trübseligen Betrachtungen der Hensburger Handwerkskammer. Man muß schon sagen: ein trostloses Bild ist es, das sich da dem Auge entrollt. Es wird Hitler und seinen Paladinen auf die Dauer unmöglich sein, die Ergebnisse ihrer glorreichen Wirtschaftspolitik hinweg zu eskamotieren. Denn dieses ist ja erst der Beginn einer unheilvollen und unaufhaltbaren Entwicklung, die von den Gegnern der nationalsozialistischen Diktatur oft und eindringlich vorausgesagt wurde. Leider hat sich der deutsche Mittelstand nicht belehren lassen. Ob er aus der kommenden bitteren Zeit seine Schlüsse ziehen wird, ist vorläufig fraglich. Nur eines dürfte in Zukunft nicht leicht sein: die Marxisten für die Entwicklung des letzten Jahres verantwortlich zu machen. Und das ist schon viel wert!

Rußlands Handelsbilanz

in den ersten elf Monaten 1933 aktiv

Der Gesamtbetrag des russischen Außenhandels stellte sich in den ersten elf Monaten 1933 auf 778 Millionen Rubel gegenüber 1159 Millionen im entsprechenden Zeitabschnitt des Jahres 1932. Dabei betrug die russische Ausfuhr 400,7 Millionen Rubel gegenüber 511,2 Millionen und die Einfuhr 377,5 Millionen gegenüber 647,8 Millionen.

Die Handelsbilanz war mit 144,1 Millionen Rubel aktiv gegenüber einer Passivität von 136,6 Millionen Rubel im gleichen Zeitabschnitt des Jahres 1932.

Auf die wichtigsten Länder verteilte sich die russische Aus- und Einfuhr in der Berichtzeit wie folgt:

	Ausfuhr		Einfuhr	
	1933	1932	1933	1932
Deutschland	82,4	91,2	144,8	303,6
England	83,0	120,8	28,9	83,1
Italien	21,0	28,5	14,5	25,8
Polen	35,2	38,9	13,5	15,0
China	15,8	20,7	15,1	14,9
USA	13,5	14,2	15,8	28,0
Frankreich	21,2	25,3	5,9	8,5
Belgien	25,0	14,9	1,2	0,6
Dänemark	25,0	18,7	4,7	3,8
Perfien	9,9	23,3	7,2	48,7
Polen	4,8	3,9	12,4	4,8

Deutschland stand danach in den ersten elf Monaten 1933 in der russischen Einfuhr nach wie vor an erster Stelle, während es in der Ausfuhr den ersten Play wiederum an England abgetreten hat.

Die russische Einfuhr aus Deutschland ist um 158,8 Millionen Rubel, d. h. auf weniger als die Hälfte, gesunken. Einen sehr starken Rückgang weist auch der Sowjetimport aus England, Italien, den Vereinigten Staaten und Perfien auf, während die russische Einfuhr aus Polen, Belgien, Holland und China gestiegen ist. In der russischen Ausfuhr weist der Export nach Deutschland nur einen Rückgang um 8,8 Millionen Rubel auf, dagegen ist der Sowjetexport nach England um 37,8 Millionen und nach Perfien um 13,4 Millionen Rubel gesunken. Auffallend ist die starke Zunahme des Sowjetexports nach Belgien und Holland.

Jugend in Massen erwerbslos!

Der Arbeitsdienst nimmt sie nicht auf

Berlin, 24. Jan. Infolge der zahlreichen Meldungen zum Arbeitsdienst ist in den letzten Tagen eine derartige Ueberfüllung eingetreten, daß die Aufnahmen in den Arbeitsdienst vom 25. Januar bis 25. Februar gesperrt werden müssen.

Wir erfahren dazu von unterrichteter Seite, daß der Arbeitsdienst in den letzten Tagen über 10 000 Anmeldungen hat ablehnen müssen, weil einfach keine Stellen für die jun-

gen Leute vorhanden sind. Die jungen Leute, die sich bis jetzt bereits angemeldet haben, sind vornotiert und werden höchstwahrscheinlich zum 25. Februar einberufen.

Aus dieser Meldung geht hervor: Jugendliche suchen massenhaft nach Arbeit, ohne welche finden zu können. Der vielgepreiste Arbeitsdienst kann nur einen beschränkten Teil der jungen Erwerbslosen übernehmen. Die anderen werden ihrem traurigen Schicksal überlassen.

Syrup in der „Arbeitschlacht“

In einem Aufsatz im „Wirtschafts-Magazin“ sagt der Präsident Syrup, daß von dem Gesamtumfang der Arbeitslosigkeit rund eine Million auf die Saisongruppen, 1,25 Millionen dagegen auf die ständigen Wirtschaftskreise entfällt, die von der Bitterung unabhängig sind. Die Arbeitslosigkeit des nächsten Sommers werde sich in erster Linie gegen die Hochburgen der Arbeitslosigkeit, die Großstädte und Industriebezirke richten müssen. Als Beispiel hierfür werden die Berliner Metallindustrie mit rund 100 000 und die Textilindustrie Bochlens mit 85 000 gelernter Arbeitslosen (Ende Oktober) genannt. Syrup regt sich über die Zweifel in die deutsche Statistik auf und sagt, daß die Reichsanstalt für ihre Zahlen die volle Gewähr übernimmt. Wie könnte sie auch anders, Immerhin, die Panfaren tragen bereits Dämpfer,

Das verklatschte Pfarrhausgespräch

Der Münchener Priesterprozeß — Hohe Gefängnisstrafen

Wir berichteten gestern den Beginn des Prozesses in München gegen die drei vor längerer Zeit verhafteten Geistlichen Stadtpfarrer Emil Mühler, Kaplan Josef Thaler und Katechet Zollacher. Dr. Mühler soll Ende September oder Anfang Oktober beim Abendessen im Pfarrhaus eine „Greuelnachricht“ verbreitet haben, die von Kaplan Thaler an den dritten Angeklagten weitergegeben wurde. Dieser hat sie dann wiederum an zwei Lehrerinnen weitergegeben.

Bei der Vernehmung der Angeklagten erklärte der Hauptangeklagte Stadtpfarrer Mühler, er sei als Kriegsverweigerer vier Jahre im Felde gewesen, verwundet und zum Leutnant befördert worden. Seine Mutter sei er zum Stadtrat in München gewählt worden. Er habe gegen den Marxismus Stellung genommen. Nach der Machtübernahme der NSDAP,

habe er sich von der Politik ferngehalten. Die „Katholische Aktion“, der er vorübergehend angehört, habe mit Politik nichts zu tun. Nach seiner Einstellung zur Regierung befragt, erklärte Mühler, daß er sich verpflichtet fühle, mitzuarbeiten in einer Regierung, die sich durchsetzen habe und die man daher auch anerkennen müsse. In den einzelnen Anklagepunkten selbst äußerte sich Mühler dahin, daß er die Nachrichten, deren Weiterverbreitung ihm zur Last gelegt wird,

von Kommunisten erfahren habe. Deren Namen müsse er aber unter Berufung auf sein Berufsgeheimnis verschweigen, da ihm die Nachrichten bei seiner seelsorgerischen Tätigkeit mitgeteilt worden seien. Der Angeklagte gibt zu, daß er die Nachrichten, die er nicht für wahr gehalten habe, bei einem Abendessen im kleinen Kreise seinen Kaplänen weitergegeben habe, aber nur als Beweis für die Stimmung, die in den kommunistischen Kreisen herrschte. Er habe hinzugefügt, wenn das wahr wäre, dann wäre die erbitterte Stimmung der Kommunisten wohl berechtigt. Er habe zwar seinen Zuhörern nicht verboten, darüber weiterzusprechen, sei aber doch überrascht gewesen, als er später von der Weiterverbreitung erfahren habe. Bei dem gelegentlich der Hausdurchsuchung gefundenen Material habe es sich

nur um Studienmaterial gehandelt. Die gefundenen Mitteilungsarten der roten Blätter stammten von Kommunisten, die wieder zur Kirche zurückgebracht, aus der Partei ausgetreten waren und ihm als Beweis dafür diese Bücher übergeben hatten.

Auch die beiden Mitangeklagten Thaler und Zollacher geben bei ihrer Vernehmung den ihnen zur Last gelegten Tatbestand zu. Auch sie wolle diese Erzählungen nur weitergeben haben als Beispiel für den Ernst ihrer Unterhaltung. Zollacher bedauerte, daß er durch seine Schwachköpfigkeit seine beiden Amtsvorgesetzten in Mitleidenschaft gezogen habe.

Zeugen aus der Haft

Als erster Zeuge wurde daran hin ein Kommunist, der sich ebenfalls in Haft befindet, vernommen, dessen Erzählungen an den Stadtpfarrer Mühler den Grund zu dieser Anklage bilden. Der Zeuge erklärt, daß er seine Wissenschaft aus einer Broschüre des Kommunisten Heimler über dessen

Nacht aus dem Konzentrationslager in Dachau bezogen habe. Er sei seinerzeit von Pfarrer Mühler angelockt worden, wobei dieser versucht habe, ihn wieder der Kirche zuzuführen.

Nach der Vernehmung weiterer Zeugen wurde im wesentlichen der Tatbestand im Sinne der Anklage festgestellt, jedoch mit der Einschränkung,

daß sowohl Mühler wie seine Amtsvorgesetzten die Erzählung gewissermaßen nur als Beispiel für die in kommunistischen Kreisen herrschende Erbitterung und deren Ursache hinstellen wollten.

Ein Landauer Anwalt, ein Kriegskamerad Mühlers, stellte Mühler das beste Zeugnis aus. Er erklärte, er traue Mühler nicht zu, daß dieser in hebräischer Weise irgendeine Greuelnachricht weitergebe. Darauf wurde die Beweisaufnahme geschlossen.

Nacht Monate Gefängnis beantragt

Nach einer Pause beantragte der Staatsanwalt gegen jeden der drei angeklagten Geistlichen eine Gefängnisstrafe von acht Monaten.

Nach dem Strafbescheid beantragte der Verteidiger für alle Angeklagten Freispruch, da seiner Meinung nach Dr. Mühler sich verpflichtet gehalten habe, derartige Informationen an seine Kapläne weiterzugeben.

Das Urteil

Das Sondergericht verurteilte am Mittwochabend folgenden Urteil: Die Angeklagten Dr. Mühler, Thaler und Zollacher sind schuldig, ein Verbrechen gegen § 3 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 21. März 1933, Es werden verurteilt:

Stadtpfarrer Dr. Mühler zu vier Monaten Gefängnis, Kaplan Thaler zu drei Monaten Gefängnis und der Katechet Zollacher zu fünf Monaten Gefängnis.

Außerdem haben alle drei die Kosten zu tragen.

In der Urteilsbegründung heißt es u. a.: Es wurde festgestellt, daß Mühler die Behauptungen über Vorkänge in Dachau, die er, wie nicht widerlegt werden konnte, von einem Kommunisten erfahren hatte, an seine Kapläne weitergegeben hat. Thaler hat diese Mitteilungen an seinen Kollegen Zollacher weitergetragen, der sie weiterverbreitet. Die Behauptungen waren nicht wahr und insofern schmerzlich zu beklagen. Dr. Mühler gibt zu, die Behauptungen selbst für unwahr gehalten zu haben. Das Gericht erkennt nicht, daß es im dienstlichen Interesse wesentlich sein kann, daß der Pfarrer und seine Kapläne über die Stimmung in Kommunistenkreisen unterrichtet, doch brauchte er nicht Einzelheiten wiederzugeben (!) Auch hätte er den Kaplänen ein Schweigebrot anlegen und sie davon unterrichten müssen, daß er selbst die ihm mitgeteilten Behauptungen für unwahr halte. Das Gericht hat angenommen, daß Dr. Mühler nicht ausschließlich aus seelsorgerischem Interesse gehandelt habe, und deshalb habe ihm eine überörtliche Rechtsberatung nicht zur Seite. Strafmildernd wurde bei Dr. Mühler berücksichtigt einmal sein Geständnis, dann die Tatsache, daß er als Kriegsteilnehmer noch keine Pflicht getan hat und innerlich sein schmerzliches dem Marxismus entgegenzusetzen sei. Er schwere und harte die Unausführlichkeit der Behauptungen und die Tatsache, daß Mühler in

seinem Amt zu einer besonderen Zurückhaltung verpflichtet gewesen wäre.

Die Ungeheuerlichkeit dieses Urteils ist erschreckend. Geistliche sprechen unter sich im Pfarrhaus über die Untaten in Gefängnissen, in Konzentrationslagern. Das Material darüber ist, von Dachau ganz abgesehen, beträchtlich. Die angeklagten Geistlichen dürfen nicht einmal wissen, diese Tatsachen unter Beweis zu stellen, sondern sie müssen zu ihrem Schutze erklären, daß sie die Erzählungen des Kommunisten für unwahr gehalten hätten. Das kennzeichnet die Rechtslosigkeit in Deutschland, aber zugleich auch die Ohnmacht und die Trostlosigkeit der Lage des deutschen Katholizismus.

Es ist ein amtlicher Bericht, den wir veröffentlichen. Man sieht, daß es nicht nötig ist, Greuelmeldungen zu „fabrizieren“. Das geschieht viel wirksamer durch zuständige Stellen.

Professor Adam suspendiert

Stuttgart, 24. Jan. Die Vorgänge bei der Heiligabendfeier der Stuttgarter Katholiken, insbesondere einige Bemerkungen in der Rede von Universitätsprofessor Adam haben, wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, auch in der Studentenenschaft der Universität Tübingen „große Erregung“ hervorgerufen. Der württembergische Kultusminister hat daher angeordnet, daß bis zu einer endgültigen Entscheidung die Vorlesungen von Professor Adam zu unterbleiben haben.

Professor Adam hatte bei der Kundgebung in Stuttgart die religiöse katholische Jugend zusammengerufen und in seiner Rede unter anderem gesagt, daß die Bewegung der „Deutschen Christen“ mit dem Christentum unvereinbar sei. Die Versammlung wurde aufgelöst und Adam verhaftet.

Wie in Deutschland

Aus dem Gefängnis verschleppt und erschossen

London, 25. Jan. Nach einer heftigen Meldung aus Hazard (Kentucky) brachen 30 bis 40 bewaffnete und maskierte Männer am späten Abend des Mittwoch in das hiesige Perry County-Gefängnis ein, bemächtigten sich eines Mächtigen Regers namens Rex Scott, schleppten ihn in einen Kraftwagen und fuhren davon. Ungefähr 300 Personen, die sich vor dem Gefängnis angesammelt hatten, sahen zu. Eine Anzahl Kraftwagen folgte. Als die Grenze der Stadt erreicht war, wurden Hunderte von Revolverkugeln abgefeuert. Der Sheriff nahm mit 50 Mann die Verfolgung der Menschenräuber auf. Sie konnten aber nur die Leiche des Regers, die an einem Baum hing, finden. Sie war von 40 Schüssen durchbohrt.

Scott war beschuldigt, einen Bergmann lebensgefährlich verletzt zu haben.

Das Verbrechen in den Vereinigten Staaten hat beträchtlich zugenommen. Im Jahre 1932 waren im ganzen nur sechs Verbrechen zu verzeichnen. Im Jahre 1933 dagegen wurden 42 Mörder und fünf Weiße getötet.

Flugzeuge im Dienste der Goldgräberei

Ein 670 Pfund schwerer, aus leichtem Riefelstahl gebauter Bagger ist in Neu-Guinea von der Küste nach den Goldfeldern, — über ein 1500 Meter hohes Gebirge und dichten Busch hinweg — mit einem großen Kranaus, dessen äußerste Tragfähigkeit damit ausgenutzt war, befördert worden.

keine Tibeter zu den Bergen trieben sich bloß große Affen herum. Erst durch den Genuss des Sauberrausens, das der Berggeist den Affen zu essen gab, wurden sie Menschen, das heißt Tibeter.

Wie man sieht, verkörpern sich im Dalai-Yama überaus verdienstliche Persönlichkeiten. Nun ist dieser Berggeist — es geht immer weiter — gar kein richtiger Geist, sondern viel mehr. Er ist ein ganz großer Gott, der Gott der Gnade, mit seinem indischen Namen Avalokita, mit dem tibetischen Tschänräzi, Tschänräzi, heißt wirklich „der mit Augen Beschleuderte“. Er ist, weil er alles sieht, allwissend, er herrscht über die Seelenwanderung, er ist es, der ins Paradies führt und aus der Hölle befreien kann. Seine Günst erwirbt man durch das Vertragen der Formel: „Om mani padme hum“ (O du Kleinod im Lotus).

Ein Wunderkind wird gesucht

Der Dalai-Yama ist also wirklich und wahrhaftig ein Gott, ein Gott, der über Leben und Tod, Herrlichkeit und Verdammung entscheidet. Er kann nicht sterben. Was stirbt, ist einer der vielen Leiber, deren er sich bedient. In dem gleichen Augenblick, in dem er den alten Leib verläßt, hat er schon einen neuen angenommen. Es gilt nur, herauszufinden, welchen.

In jedem Kind, das nach dem Tode des Dalai-Yama geboren wurde, kann sich der Gott verkörpern haben. Man muß also sorgfältig Umhau halten. Man erkundigt sich nach Kindern, die unter auffälligen Wunderscheinungen geboren sind oder die nach der Geburt seltsame Stellungen eingenommen haben, etwa, daß sie mit gekrenzten Beinen saßen wie Buddha im Zustand der Versenkung. Nun ist allerdings die Suche nach dem Wunderkind nicht ganz so einfach, Wunderkinder werden nach dem Tode eines Dalai-Yama in Massen geboren. Die Sucher halten sich jedoch bei vielen Familien erst gar nicht mit einer Prüfung der angeblichen göttlichen Zeichen auf. Seit langem hängen die Dalai-Yama aus winzigen Dörfern von geringen Eltern. Und zwar, weil die rivalisierenden Triesterklauen einander nicht hören wollen. Bis zu seinem achtzehnten Lebensjahr ist der Dalai-Yama nicht voll souverän. Für ihn regiert ein Mönchs-kollegium. Es gilt als unfair, sich bereits durch die Wahl eines Kindes aus einflussreicher Familie ein Übergewicht im Ringen um die Macht zu verschaffen. Der den erwachsenen Dalai-Yama gewinnt, der hat ihn. Aber bereits bei der Wahl betragen — nein, das erlaubt die tibetanische Ethik nicht.

Nun gibt es aber natürlich selbst nach der Ausscheidung der nicht ganz neutralen Wunderkinder verkörperte Götter genug. Also muß eine Probe entscheiden, welches das richtige ist. Die Kinder werden nach Chassa gebracht. Man legt vor sie allerlei Gegenstände, Glocken, Trommeln, Buddha-Bilder, je ein Paar. Das eine Stück hat dem verstorbenen Dalai-Yama gehört, das andre ist eine genaue Nachbildung. Jedes Kind die Seele des Gottes, dann ergreift es das erste Stück. Es erkennt sein Eigentum wieder. Die Kirche hat ein neues Haupt.

Wunderkind wird gesucht

Der alte und der neue Dalai-Lama

Nach Meldungen aus Chassa ist für den am 17. Dezember verstorbenen Dalai-Yama nunmehr ein Nachfolger gewählt worden. Der neue Dalai-Yama ist erst wenige Wochen alt. Er wurde nämlich in einer Vorstadt von Chassa zur selben Zeit geboren, als der frühere Dalai-Yama starb, womit nach Auffassung der Tibeter der Beweis erbracht ist, daß die Seele des Verstorbenen in den Körper des Neugeborenen gewandert ist. Bis zur Volljährigkeit des jungen Dalai-Yama wird Tibet von Regenten verwaltet werden.

Der Dalai-Yama ist gestorben. Tibet muß sich einen neuen Herrscher suchen, Millionen Buddhisten brauchen ein neues geistliches Haupt. Nicht ein Mensch, ein Gott hat sie verlassen. In den Häusern der Volksgelübten und in den Tempeln von Peking, in den Jurten am Baikalsee und in den Steinbütten von Sikkim und Ladakh, von Amdschan bis zum Tilen Tschan und vom Himalaja bis Sibirien freiden jetzt die Dämonen ihr Spiel mit den schuldlosen Menschen. Solange, bis der wiederverkörperte Gott wieder im heiligen Chassa thronet.

Es heißt, der Dalai-Yama sei von seinen Feinden vergiftet worden. Ein dunkler Tod nach einem trüben Leben. Leicht hat es der arme Aga Wang Lobsang nicht gehabt. Nicht einmal mehr der tibetische Papst lebt herrlich in der Welt. Zweimal hat er aus seinem Reich fliehen müssen, das erste mal 1904, als die englischen Truppen unter Younghusband, der nicht den mindesten Respekt vor göttlicher Würde hatte, bis nach Chassa vordrangen, und das zweite mal, da 1910 die Chinesen in Tibet Ordnung machten. Der Gott hat viel wandern müssen, er war in Indien und in der Mongolei, hat vieles gesehen und vieles gelernt, nichts, was ihm Freude gemacht hätte, manches, was ihm im Innersten tral. Das letzte Jahr soll er mit niemandem mehr gesprochen haben, verfolgt von düsteren Ahnungen, nicht so sehr bangend für sein Leben, an dem ihm kann noch etwas lag, als für die Zukunft Tibets und seiner Kirche.

Das verschlossene Land — von gestern

Man spricht von Tibet als von dem „verschlossenen Land“, dem „geheimnisvollen Herzen Asiens“, der „Wunderwelt“. Das hatte noch vor zwanzig Jahren seine Berechtigung. Heute hat sich alles recht gewandelt. In Tibet fahren Automobile — sie sind noch nicht gerade zahlreich, aber es gibt sie eben doch schon —, in Tibet klingen Telefone, lärmten Lautsprecher, surren Flugzeuge. Die kleine tibetische Armee führt nicht mehr die mörderischen Gabelstinten, sondern Maschinengewehre und Gebirgsgeschütze. In ihren Stahlhelmen sehen die neuen Kriegertruppen modern aus. Vor einigen Monaten haben sie sich in den üblichen Kleinkämpfen mit chinesischem Militär gar nicht übel geschlagen. Freilich, in einem ersten Widerstand sind sie nicht fähig. Wenn Tibet heute noch selbständig ist (dem Namen noch gehört es zu

China), so verdankt es das nicht der Kraft seiner Armee und auch nicht mehr allein der Günst der Natur, die ihm schwer zu überwindende Grenzen gab, sondern der augenscheinlichen Schwäche Chinas und der Rivalität seiner Nachbarkräfte: Englands in Indien, Russlands und Chinas. Tibets Unabgängigkeit ist mit jedem Jahr stärker bedroht. Tibet, das Land der Mönche, wandelt sich durch das Eindringen der modernen Technik. Je lauter die Stimme des Anführers vom Sender in Tschengtschu klingt, desto höher wird die des Gottkönigs. Der Traktor rammt die dicken Klostermauern. Wo die Lampe mit dem Petroleum der Asiatic Oil Company brennt, erlöschen die Opferkerzen mit der Schmelzbutte.

Der nächste Dalai-Yama wird der vierzehnte sein. Ob ihm noch viele folgen werden, ist ungewiß. In der Sowjetunion und in der Mongolei verläßt der Lamaismus. Die chinesische Regierung hat dort, wo sie die Macht hat, dem Privileg der Mönche, die Polen für sie Steuern zahlen zu lassen, ein Ende gemacht. So bleibt als unumhülltes Hochgebirge dem buddhistischen Klerus allein noch Tibet. Und das nicht mehr für allzu lange.

Natürlich bedeutet das nicht, daß die geistige Herrschaft der lamaistischen Kirche nun im Handumdrehen gebrochen sein wird. Selbst in der Burjatenrepublik in Sibirien, wo die Sowjetbehörden den Kampf gegen sie äußerst heftig führen, wo die Lamapriester als nichtverfügbare Elemente nicht zu laden haben, wo die Klosterschulen seit zehn Jahren gesperrt sind, selbst dort lebt die „gelbe Lehre“ noch ziemlich kräftig. Ihre äußere Macht ist gebrochen, ihre Macht über die Geister dürfte immerhin noch geräume Zeit bleiben. Wer in Chassa Dalai-Yama ist, kann keinem der Staaten, der unter seinen Bürgern Lamaiten hat, gleichgültig sein.

Ein wiedergeborener Gott

Vermutlich ist, da diese Zeilen gedruckt werden, der neue Dalai-Yama bereits bestimmt. In ihm ist die Seele des toten wiederverkörperl. Der Körper ist der eines Säuglings.

Wenn Theosophen und andre Narren etwas besonders Unsinniges verkünden, beteuern sie meist, das sei uralte Weisheit des Ostens und jahrtausendlang von den Tibetern als Geheimnis geübt worden. Die Schwärzlerin Blavatsky gab vor, mit einem Dalai-Yama, der vor mehr als tausend Jahren in Chassa residiert habe, in mystischer Verbindung zu stehen. Vor tausend Jahren gab es noch gar keinen Dalai-Yama. Der erste, der dieses Amt schuf, war ein schlauer Lama, der berühmte Lobsang Gnamtso. Er lebte an die Warte des siebzehnten Jahrhunderts. Der Führer der Sekte der Gelbmänner gab sich für den wiedergeborenen Strongtan Gampo aus, einen alten und volkstümlichen König von Tibet. Dieser König verkörperte aber einen mächtigen Gott. In ihm hatte jener Berggeist Menschengestalt angenommen, dem die Tibeter verdanken, daß sie keine Affen sind. Im Anfang der Welt nämlich, so lautet die Sage, gab es gar

Königgrätz

Zwischen Jarmoer und Königgrätz fährt der Zug an der jungen Elbe entlang durch die Ebene des nordböhmischen Kreidebeckens. Rechts der Strecke, weit übersehbar in ihrer schmucklosen Einförmigkeit, verdämmert im Flimmern des heißen Tages, breitet sich eine Landschaft, in der, weithin verstreut, Denkmäler Klage und kriegerischen Ruhm verkünden: das Schlachtfeld von Königgrätz, die Walstatt, auf der am 3. Juli 1866 die Vormachtstellung Oesterreichs im deutschen Bunde den vernichtenden Stoß empfing und Preußen sich die Hegemonie auf den Spitzen seiner Bajonette holte. Verstreut liegen die denkwürdigen Stätten: Sadowa, Ghlum, der Swiebwald, Langenhof, das Dorf, in dessen Nähe „die schöne Reiterschlacht“ stattfand, über die Jahn in seiner Monographie über die Schlacht bei Königgrätz schrieb: „Wahrlich ein Schauspiel, auch eines Königs in vollem Maße wert!“

Über die Schlacht bei Königgrätz und über den deutschen Krieg von 1866 ist viel geschrieben worden. Die Bücher verstauben in den Bibliotheken, die Akten in den Archiven. Lassen wir den Staub unberührt. Es ist nützlich, sich vom Sockel eines der vielen Denkmäler auf dem Schlachtfelde von Königgrätz aus den Lauf der Dinge zu betrachten.

Als Anlaß für den Krieg Preußens gegen Oesterreich, mit dem Bismarck im Plane seiner „Revolution von oben“ ganz kühl gerechnet hatte, kam ihm der Streit um die Beute von 1864 gelegen. Die beiden Mächte, die den Krieg gegen Dänemark als Bundesgenossen geführt hatten, führten nun Krieg gegeneinander, und Oesterreich wurde geschlagen. Wir wissen, wie es weiterging: 1879 kommt unter Führung desselben Bismarck das deutsch-österreichische Schutzbündnis zustande, 1883 tritt Italien, mit dem Bismarck 1866 ein Angriffsbündnis gegen Oesterreich eingegangen war, dem nunmehrigen Dreibunde bei; 1914 ziehen Oesterreich und Deutschland „mit reinen Händen“ in den Weltkrieg; 1915 erklärt auch Italien den beiden „Bundesgenossen“ den Krieg; 1918 liegen Oesterreich und Deutschland besiegt am Boden. Dänemark erhält Nordschleswig, einen Teil dessen, worauf es 1864 verzichtet mußte, durch Abstimmung zurück. Die preußischen, sächsischen und österreichischen Schlachtdenkmäler von 1866 um Gitschin, Königgrätz, Nachod, Trautenau — Totenmale brüderlichen Blutes — verwittern auf dem Boden der Tschechoslowakischen Republik, die sich aus den Trümmern Habsburgisch-Oesterreichs erhob, zwischen dem Staate, der bei Königgrätz geschlagen wurde, und dem, der ihn besiegte. Ein Witz der Weltgeschichte, der an Ludendorffs Aufruf „An die Jidden in Paulen“ erinnert: beim Einmarsch der Preußen in Prag am 10. Juli 1866 verkündeten Maueranschläge des preußischen Oberkommandos den „Einwohnern des glorreichen Königreichs Böhmen“, daß sie durch den „Sieg der gerechten Sache ihre nationalen Wünsche gleich den Ungarn verwirklichen“ könnten. Sie haben es 1918 getan und sie hätten sich dabei auf Bismarck berufen können.

Es gibt noch mehr solche Witze — nun müssen wir doch

den Staub von alten Akten klopfen oder vielmehr: der Historiker Hermann Wendel hat es in den Archiven in Berlin, Wien und Belgrad getan und in seiner Schrift „Bismarck und Serbien im Jahre 1866“ veröffentlicht, was dabei zum Vorschein kam. Am 30. Mai 1866 deponierte Bismarck an den Konsultsverwalter Lauberau in Belgrad: „Falls der Krieg ausbricht, kann uns die Bildung eines Slawischen Korps (gegen Oesterreich!) nur erwünscht sein“; am 30. Juli 1866: „Sagen Sie Türri (einem Unterhändler): Für jetzt Waffenstillstand, er möge Kräfte und Mittel für die Zukunft aufsparen“; am 21. August 1866 hieß Bismarck Lauberau der serbischen Regierung „unseren Dank“ ausdrücken und „unsere Bereitwilligkeit, die Gemeinsamkeit der beiderseitigen Interessen (lies: die Zerschlagung Oesterreichs) für die Zukunft zu betätigen“. 1866 standen auf Bismarcks Schachbrett auch serbische Bauern als Reserve gegen Oesterreich — und 1914...

Das Ergebnis? Vom Schlachtfelde von Königgrätz aus gesehen gibt es kein Ergebnis. Die Kriege der Völker haben nie ein Ergebnis gehabt, das nicht schließlich durch einen neuen Krieg korrigiert wurde, nie ein Ergebnis, das nicht friedlich und reinlich zu haben gewesen wäre. Sie sind nutzlos und sinnlos gewesen wie die früheren Katzbalgereien der winzigen Rivalen innerhalb eines Landes. Und die Kriege der Kontinente werden nicht weniger sinnlos bleiben. Wir, Teilnehmer und Mitleidende des Weltkrieges, Sieger und Besiegte, erfahren es schon. Die Geschichte, in der der Krieg eine scheinbar wichtige Rolle spielt, führt selbst den Krieg ad absurdum.

Kriege wurden geführt, Kriege miteinander und Kriege gegeneinander, 1864, 1866, 1914 bis 1918, von 1870/71 hier gar nicht zu reden. Und jedesmal glaubten die Völker den Spielern am diplomatischen Schachbrett und jedesmal zogen die Soldaten singend ins Feld. Jedesmal tremolierten die Barden, und nach jedem Kriege setzten sich die Historiker hin und schrieben ein neues Kapitel Weltgeschichte. Wie sagte der ermordete Theodor Lessing: „Geschichte als Sinngebung des Sinnlosen...“

Es wächst Moos auf den Schlachtdenkmälern, es wächst Gras über die Festungswälle von Königgrätz. Gutes grünes Gras, in dem in der Mittagssonne junge Mädchen sitzen und die kurzen Sommerkleider über runde Knie zupfen. In den Kasematten klrirt der friedliche Lärm der Werkstätten, die sich dort eingenistet haben. In einem Festungsgewölbe haust eine Harmoniumfabrik ihre Instrumente. Ein Arbeiter probt ein halbfertiges Werk; die orgelartigen Akkorde klingen wie Versuche zu Chorälen. In den sumpfigen Tümpeln um die Sternacken der Festungswälle tönen die kleinen Leierkastenpfeifen der Unken.

Wir setzen uns in den Rasen und schauen hinaus in die weite, flache, flimmernde Landschaft, in der die Schlachtdenkmäler stehen.

Gutes, grünes, kühles Gras! Wann darfst du alle Festungswälle der Erde überwachsen...?

Walter.

Emigrant an seine Mutter

Und es kam die Nacht; der Sterne weißer Schimmer
Ueberfloß die fernern, dunkeln Wolkenmassen,
Und ich saß in meinem kalten Zimmer
Und ich dacht an die, die ich zurückgelassen.

Und das Bild der Mutter kam mir ins Gedächtnis.
Ihre großen grauen Augen schauten
Voller Tränen, Kummer und Besorgnis
In die Welt, die nie ein Gott erbaute.

Not und Elend und Enttäuschung nur und Jamme
Sahen diese großen Mutteraugen.
Alle Tränen halten sie umklammert,
Und die Hände sind jetzt rot vom Waschlauge.

Grausam war das Schicksal mit uns beiden.
Mit der Mutter und mit ihrem Sohn.
Beide überhäufte es mit seinen Leiden
Und es schenkt zum Elend stets den Hohn.

Und dann kam die braune Pest ans Ruder
Und ich mußte flüchten über Nacht.
Ich, ich ärmstes aller armen Luder,
Mutter, oft hab ich an Dich gedacht.

Fern nun bin ich, Mutter, in Paris,
Und das Leben singt sein hartes Lied.
Doch auch einmal wendet sich der Speiß,
Denn der Funke in der Asche glüht!

Und wir werden in der Reihe sein,
Wenn der Tag der großen Flamme naht!
Hart noch, Mutter, mußt Du werden, hart wie Stein!
Hart, so wie Dein Junge wurde, Deine Saat!

Mutter, es ist Nacht ringsum geworden, —
Und es ist ein kaltes Winterwehn.
Doch die Nacht hat stets den neuen Tag geboren.
Bis zu unsrem Tag.

Auf Wiedersehn!

Paul Scholl.

In den Sternen sollst du's lesen...

„Aberglaube und Reaktion sind Zwillinge“

Es erschien: Hamburger Uranus-Kalender, Deutscher Astrologischer Kalender 1934, 154 Seiten. Uranus-Verlag Max Duphorn, Hamburg. Darüber schreibt „Die Bildungsarbeit“, das Organ der österreichischen sozialistischen Kulturbewegung, Heft 12, Seite 33:

„Was steht in den deutschen Sternen eines faschistischen Kalenders für 1934? „Es bedarf der äußersten Kraftanstrengung von Führer und Volk, um endlich Herr zu werden auf deutscher Scholle, ohne internationale Bindungen, Zinsknechtschaft und Arbeitsnot.“ Das klingt nicht ganz siegesgewiß. Auch sonst gibt es allerlei dunkle Mitteilungen. Auf Seite 64: „Baldur wird zum Christus-Arahari.“ Auf der nächsten Seite: „Das Hakenkreuz ist ein echt germanisches Runenzeichen. Wir finden es im hohen Norden, in Europa, im Osten, bei den Indern, Chinesen und Japanern, ja sogar in Afrika.“ Seite 79 fragt: „Was schadet Pilsudski der Saturn im 10. Hause ganz nahe dem Meridian? Er macht ihn zu einem ersten Brummbär, mit dem nicht gut Kirschen essen ist.“ Seite 82 stellt fest: „Was Rom in der Fischzeit, wird Deutschland in der Wassermannzeit sein.“ Ein Aufsatz „Völkischer Okkultismus“ besagt, daß die Kabbala nicht etwa jüdischer Okkultismus sei, sondern ein Buch armanischer Weisheit. (Seite 85.). Hören die SA-Männer den Befehl „Stillgestanden“, so sind sie nach Seite 93 „in dieser Stellung eine auf bestimmte radioartige Gedankenwellen-Willenskräfte eingestellte Antenne der Natur, die nur den Willen des Führers aufnimmt“. Viele Zeilen beschäftigt die Saturn-Achse im Horoskop des Prinzen Wilhelm von Preußen. Vier Spalten über Weltwirtschaft empfehlen „geozentrische Planetenperiodenforschungen, denn sie liefern die Angleichung an die naturgegebenen Kräfte, welche aus erster Quelle die Schwankungen der Konjunktur beeinflussen“. (Seite 114.) Seite 118 macht jeden zum eigenen Nostradamus.

Kurz: Aberglaube und Reaktion sind Zwillinge.“

Das Wichtigste

In der Eröffnungssitzung des 1. hessischen Juristentages am 6. Januar hielt Oberregierungsrat im Reichsjustizministerium Schraut einen Vortrag über „Blutverwandenes Recht“. Im Bericht der „Frankfurter Zeitung“ heißt es darüber: „Er (Schraut) gründet das Rechtsempfinden auf den blutmäßigen Zusammenhang eines Volkes. Am wichtigsten sei es, daß die Menschen, die an der Rechtspflege teilnehmen, nationalsozialistisches Denken erlernten.“

Womit sie der Pflicht, irgend etwas anderes zu lernen, entzogen sind und in den Referendarlagern beruhigt Soldat spielen dürfen.

Zeit-Notizen

Es gunkelt. Die frühere Käthe-Kollwig-Schule in Neukölln wurde auf Verfügung Ruots in Martha-Gunkel-Schule umgetauft. Preisfrage: Wer kennt Käthe Kollwig nicht? Wer kennt Martha Gunkel ja?

Hitler wird teurer. Das Geschäft des Führers, der Verlag Franz Eher teilt mit: „Adolf Hitler, Mein Kampf, liefern wir ab 1. Februar die kartonierte Ausgabe nur noch komplett zu 5,70 RMk. aus. Bis zu diesem Termin ersuchen wir die Ergänzungsbestellungen anzugeben und in Zukunft nur noch komplette Bände zu verkaufen. Nach dem 1. Februar werden Einzelbände nicht mehr abgegeben und wir werden gegebenenfalls auf diese Anzeige Bezug nehmen. Gesamtauflage 1.540.000. Zur Werbung liefern wir wirkungsvolle Prospekte.“ — Alles wörtlich zitiert!

Deutsches Recht. „Wer zur Zeit des Entstehens der Steuerschuld noch nicht lebte, aber bereits erzeugt war, gilt bei Anwendung des Paragraphen 9. Absatz 1. Satz 2 Erbsch.-St.G. als vor dem Entstehen der Steuerschuld geboren... Ueberwiegende Gründe sprechen dafür, die Zuwendung unter Lebenden nicht anders zu behandeln.“ (D.J.Z., Nr. 1.)

Wirths Ura=Linda=Katastrophe

Ein hart Blamiertes verteidigt sich

Unter dem Titel „Um unser Ahnenerbe“ erklärt Hermann Wirth. „Von den Professoren des Deutschen Instituts der Breslauer Universität ist eine öffentliche Kundgebung wider meine erstmalige deutsche Ausgabe der Ura-Linda-Chronik erfolgt. Diese Ausgabe ist das Ergebnis einer zehnjährigen Prüfung, in Erfüllung meiner Lebensaufgabe, der Aufarbeitung jener für unser Deutschtum schicksalsschweren geistigen Unterlassungsünden einer älteren wissenschaftlichen Generation. Aus dieser Pflicht heraus habe ich die Wiederaufnahme des öffentlichen Verfahrens in Angelegenheit einer so wichtigen Urkunde unserer geistigen Vergangenheit beantragt und die deutsche Fachwissenschaft um kritische Mitarbeit aufgerufen. Noch bevor meine Aufgabe erschienen war und bevor man Kenntnis hatte nehmen können von den Gründen, welche mich zu einer Neuaufrollung der Frage in unserer Zeit veranlaßten, beeilte man sich, eine Pressenotiz zu veröffentlichen, ich träte für eine Fälschung ein, welche schon in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts von der Sprachwissenschaft als solche erkannt und nachgewiesen sei.“

Dieser Pressenotiz von Prof. Bremer schließt sich nun, gleicherweise übereilig, die Kundgebung jener Breslauer Kollegen an. Meine Neuübersetzung des friesischen Originals, die in strengster Anlehnung an dessen Wortlaut und mit kritischer Stellungnahme zu der niederländischen Uebersetzung Ottomas von 1870 erfolgte, wird als nichtselbständige Uebersetzung verächtigt. Und weiter wird verschwiegen, daß auch ich völlig auf dem Boden jener philologischen Bedenken der Gegner stehe, aber dennoch auf Grund der archäologischen Untersuchung des Inhaltes der Chronik für die Quellenreife ihrer älteren Vorlagen eintrete. Eine archäologische quellenkritische Untersuchung des Inhaltes der Chronik hat nämlich noch nie stattgefunden. Diese meine erstmalige Untersuchung, das von mir vorgelegte umfangreiche Material, wird in der Kundgebung einfach als „unberechtigt“ beiseite geschoben.

Ich habe zu dieser Kundgebung meinerseits nichts mehr zu bemerken. Sie ist kein Gericht über mich, sondern ein Selbsturteil der Verkünder geworden. In diesem Sinne äußern sich bereits mir zugegangene Zustimmungen der letzten Tage. Eine in ihrer Erbmasse erwachte geistige „Laienschaft“, ein erwachendes Volk kehrt zu Heimat und Ahnenerbe zurück. Es läßt sich durch keine Autoritäts-erklärung ex cathedra einer akademischen Zunft mehr abfertigen. Der geistige „Lai“ und ein junger akademischer

Nachwuchs beginnt die schweren Unterlassungen der Fachwissenschaft, Germanistik wie Vorgeschichte, zu sehen, sieht die seelischen Hemmungen, welche jene Unterlassungen, jenes Unvermögen zu gewissen Erkenntnissen bedingten. Diese grundsätzlichen Fragen aber sollen gerade durch die Diskussion über die Ura-Linda-Chronik klargestellt werden. Michendorf (Mark) gez. Prof. Dr. Hermann Wirth.“

Der Verlag des Schwindelbuchs setzt hinzu: „Da die Nachfrage nach der Ura-Linda-Chronik sehr stark ist, empfehlen wir diese Erklärung Wirths zu lesen und Sonderdrucke zur Unterrichtung der Käufer anzufordern.“ — Die „Deutsche Freiheit“ war eines der ersten Blätter, das auf den Schwindel hingewiesen hat. Nicht uninteressant mag es sein, an eine vergangene Affäre zu erinnern, an die „Königinhofer Handschrift“, deren Verfasser turmhoch über dem Hermann Wirth steht. Das ganze tschechische Volk war im Kampf um Echtheit oder Falschheit der „Königinhofer Handschrift“ gespalten; aus eigener Kraft haben die Tschechen und ihre Gelehrten die Falschheit der Dokumente erkannt und ihre Nationalkränkung über die Fälschung überwunden.

Allerdings: auf beiden Seiten kämpften damals andere Menschen, Menschen anderer Formates und die Freiheit der öffentlichen Meinung ermöglichte es, den gelehrten halbpolitischen Streit bei den Tschechen auf einer Ebene auszufechten, die dem „dritten Reich“ unerreichbar ist. Es gehört zu den Verdiensten Masaryks, daß er an der Entlarvung der Dokumente mitgewirkt hat.

Im heutigen Deutschland können auch philologische Fragen nicht ausgetragen werden; wo die Argumente fehlen, da spricht der „erwachte geistige Lai“ und so wird auch diese ganze Angelegenheit einmal zu dem Material des Psychiaters gehören, der die sogenannte Weltanschauung des „dritten Reiches“ untersuchen wird.

„Sprachliche Verklärung“

Die Sprache der Gegenwart ist durchgreifend. Der Begriff des totalen Staates zeigt, wie eine in sich vielfach gegliederte und komplizierte Gedankenreihe: der Totalitätsanspruch des Staates —, übergreifend auf die bisher dem Individuum vorbehaltenen Gebiete, durch die politische Atmosphäre eine sprachliche Verklärung erfährt, die als steno-graphisches Siegel bereits anerkannt worden ist, die Sprache „unterliegt“ der Politik, und diese bestimmt über die Sprache hinweg. Haus Bußmann in der „Neuen Rundschau“.

„Der Jud' ist schuld“

Neue antisemitische Verfolgungen? — Ein Oberpräsident ruft zu Pogromen auf Zur Ablenkung von den wachsenden Schwierigkeiten

Wir drucken nachstehend einen Aufsatz des Gauleiters Oberpräsidenten Kube aus der nationalsozialistischen Presse im vollen Wortlaut ab. Es wäre schade, auch nur ein Wort fort zu streichen. Dieses wildwüchtige Haßgeschrei muß in der ganzen Welt verbreitet werden. Wir bitten unsere Freunde in allen Ländern, dafür zu sorgen, daß dieser Aufsatz weit über unseren Gestankkreis hinaus beachtet wird. Kube ist Oberpräsident der Provinz Brandenburg und gehört zum engsten Führerstab der Nationalsozialisten. Persönlich ist aber den Mann zu sagen, daß er eine der üblichen nationalsozialistischen Nummern ist. Während des ganzen Krieges reklamierte Drückeberger, denn als Völkischer Gegner der Nazis, gegen die er Schutz — briefliche Dokumente liegen vor — bei „Jüdischen Lämpen wie Weiß und Grzesinski“ suchte. Schließlich Konjunktur Nazi und jetzt mit einem Jahreslohn zwischen 30 000 und 40 000 Mark einer der höchsten Beamten Preußens das Wort des Reichskanzlers, „Den Juden geschieht nichts“, zu interpretieren weiß:

Das Judentum in Deutschland ist die frechste Gesellschaft der Welt. Als die deutsche Revolution das System der Welt und der Schande von Weimar beiseite legte, glaubte die ganze Welt, das vom Judentum bis zur Weiskopf des Mannes zornig gereizte deutsche Volk würde blutige Vergeltung üben. Darum fanden die marxistischen Greuelmänner ja überall so bereitwillig Glauben.

Man konnte es sich in der Welt einfach nicht vorstellen, daß das deutsche Volk mit fast mädchenhafter Zartheit auch unter dem Hakenkreuz die Judenfrage behandelte, daß es jüdische Lumpen wie Antner, Jidow, Weiß, Grzesinski und tausend andere einfach laufen ließ. Zum Dank für diese Milde liegt das Gefindel mit dem kongenialen relativen Einfluß seit fast einem Jahre Unrat gegen Deutschland und hegt alle Welt zum Kriege auf.

Tadel müssen wir uns immer wieder die verderbliche Rolle des Judentums in Deutschland vorstellen. Vom Mittelalter und seinen jüdischen Buhergreueln wollen wir hier schweigen. Aber mit der Judenemanzipation im Gardenbergischen Geiste begann Deutschlands Unglück. Der sinnlose Märzaufruf von 1848 in Berlin ist das Werk von Polen und verbrecherischen Juden. Keine große Idee, am allerwenigsten die der deutschen Freiheit, stand hinter dieser Revolte schlechten Gefindels. Der Geist der Frankfurter Paulskirche hatte nichts damit zu tun. Schon unter dem ersten Hohenzollernkaiser wurde die Macht des Judentums ins Grenzlose. Pfeilschärfer belagerte Adolf Süder. Mit der Fortdauer des Kaiserturnus, wurde die Macht des Judentums weiter. Börse, Banken, Theater, Kunst, Presse, Wirtschaft, Justiz, Wissenschaft, Parteien und Politik waren in jüdischen Händen. Die tapfere antisemitische Bewegung der Vorkriegszeit wurde von den Donauten geächtet. Kein deutscher Mann stand in ihren Reihen.

Aber der deutsche Kaiser war bei Einweichungen von Szenarien ausgehen. Der Willensbesitzer und Herrscher August Bebel, der zu Pöbelereien als respektloser marxistischer Mäus der nannte, die „Düsseldorfer“, „den Sozialismus der dummen Kerle“. Dieser Dürstliche vergaß dabei, daß der Marxismus der Sozialismus der Wanner, Landesverräter, Schieber und Volksbetrüger war und ist.

Die Rolle der Juden im Weltkrieg ist bekannt. Die Verführer der Kriegsgesellschaften kommen überwiegend auf Judas Schuldkonto. Der 9. November 1918 spülte den sächsischen Reichspräsidenten an die Oberfläche. Frech forderten die Provokateure den Generalfeldmarschall von Hindenburg und den General Ludendorff vor den sogenannten Untersuchungsstandort ihres ehrwürdigen Schandparlamentes. Die Einziger, Landsberg, Levi und Cohn beherrschten die

Situation. Frech und respektlos wurde der greise Generalfeldmarschall von Hindenburg von diesen jüdischen Verbrechern angepöbel. Das sollte das deutsche Volk nie vergessen! Die Ehre der toten Königin Luise und der damals noch lebenden edlen Kaiserin Auguste Viktoria wurde von der jüdischen Journalistik roh verunglimpft. Der Kaiser, der weit Gott während seiner Regierungszeit den Juden Verständnis und Freundschaft (Wallin!) entgegengebracht wurde, wurde nun als Größe von gelbem und der gesamten jüdischen Presseelemente begelert und beleidelt. Der damalige preussische Justizminister am Jahnhof vom Zentrum erließ seine berühmte Verordnung, wonach die Staatsanwaltschaft gegen Vergehen von Antisemiten besonders scharf vorgehen durfte. Die seit Jahrzehnten verübte preussische Justiz folgte diesem Befehl bis 1932 mit Wonne. Die Rechtsprechung stand in Deutschland bis zum Jahre 1932 völlig unter jüdischem Einfluß. Die Justizdebatten des Reichstages, des Preussischen Landtages und der meisten übrigen deutschen Landesparlamente geben darüber erschöpfendes Quellenmaterial.

Erst die nächste Richtergeneration wird ganz begreifen können, wie tief das Rechtsbewußtsein des schaffenden deutschen Menschen in der Judenrepublik von Weimar immer wieder zerschlagen und bewußt verletzt wurde.

Man sollte alle Urteilsbegründungen von 1919 bis 1932 gegen Nationalsozialisten, Stahlhelm, Völkische, Deutschnationale usw. einmal wissenschaftlich bearbeiten. Die Neben der Herren Staatsanwälte würden freilich die Urteilsbegründungen noch in den Schatten stellen. Heraus im Falle des Kaisers war ein kleiner Mann gegenüber den Aufgaben, die die Nationalsozialisten Hanns Kerrl, Dr. Frankl II und Roland Freisler in der Justiz durchzuführen und zu bewältigen hatten.

Wenn heute jüdischer Anmaßung und Ueberheblichkeit von untergeordneter nationalsozialistischer Seite entgegengetreten wird, wie kürzlich in Eberswalde, dann bezeichnet das jüdische Frechheit als „Eingriff in die Wirtschaft“. Wir wollen nicht vergessen, daß die Volksgewerbetreiber Rathenau und Hilferding jüdische Wirtschaftler waren. Auch Antner, die Barmat und die Klarcks waren typische Vertreter jüdischer Wirtschaftsmoral. Man komme uns nicht mit solchem faulen Sauber!

Es gibt für den noch in Deutschland geduldeten Juden keine Hintertür, um wieder Verwirrung in deutschen Reihen zu stiften oder gar Einfluß zu gewinnen. Gerade wir im deutschen Osten kennen die jüdischen Methoden; Nietet man diesen gelblichen, frechen Gesellschaft den kleinen Finger, dann hat man im Handumdrehen die Pest wieder im Hause.

Und das Judentum soll nicht vergessen, daß sein Götze in der Welt geringer geworden ist. Denn seit dem 1. April 1933 haben die anderen Völker die tödlichen Wankpunkte der verendeten Republik von Weimar, die aus Deutschland ausgehenden marxistischen, sozialistischen und liberalen Juden, Ploniten usw. persönlich kennengelernt. In Frankreich, Polen und Nordamerika ist der Antisemitismus mit der Zahl der aus Deutschland eingewanderten Juden gewachsen.

Der Jude soll nicht glauben, daß er im Hitler-Deutschland die alte Rolle spielen kann. Ritterlich ist ihm die Reichsregierung beim Beamtengeleit entgegengekommen. Ritterlich wurde er in seinem wirtschaftlichen Erwerbssinn in Weimar nur einmal vorhandenes Eigenart respektiert. Im Verlauf der deutschen Revolution hat Adolf Hitler von uns Nationalsozialisten größere Opfer gefordert als von unseren überwindlichen Gegnern und Feinden. Von uns kann der geliebte Führer alles verlangen; denn ihm sind wir verschoren. Mit eiserner Disziplin hat sich unsere SA am Riegel. Aber sie kann, wird und darf es nie vergessen, daß das jüdische Gummiknüttelregiment der Grzesinski, Abgan und Wolf eben von Judenhand geleitet wurde und daß der Führer's Ehre immer wieder von denselben Subjekten durch den Dreck gezogen wurde. Als der Lump und Jude daherkam Grzesinski in Weimar nach der Hundeweilsche gegen den Reichspräsidentenwahl kandidierte, fand sich in ganz Preußen kein Staatsanwalt, der den Mut gehabt

hätte, den feisenden Grzesinsky anzuklagen. Kein einziger Staatsanwalt in ganz Preußen! Unseres Führers Ehre war noch 1932 in Preußen vogelfrei! Den Heiter Deutschlands vor dem Bolschewismus durfte ein Jude mit der Hundeweilsche — aus der Ferne natürlich! — bedrohen, und kein Staatsanwalt erregte sich darüber. Aber man soll sich die Reden dieser Herren gegen Heines und Oberleutnant Schulz einmal durchlesen!

Das alles haben wir nicht vergessen, und wird werden es auch nicht vergessen.

Um aber Judas Wirken den Geschlechtern lebendig zu erhalten, die noch uns kommen und die aus eigener Erfahrung nicht wissen, was Juden Herrschaft und Judenwirtschaft ist, sollte die deutsche Wissenschaft daran gehen, Monumentalwerke auf Grund der Akten und der Archive mit deutscher Gründlichkeit zu schaffen, die unangreifbar und unantastbares Material geben.

Besonders die preussischen Staatsminister für Justiz und für Unterricht, Kunst und Volksbildung sollten Akten und Archive sichern und nationalsozialistischen Juristen, Volkswirtschaftlern und Historikern zur Verfügung stellen. Nur Nationalsozialisten, die vor dem 30. Januar 1933 schon Mitglieder der Partei waren, dürfen mit diesen Aufgaben betraut werden. Denn antisemitisch in ihrer Gesamtheit war nur die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Heißt es doch im Punkt 4 des Programms der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei:

„Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.“

Sinngemäß auch nicht Staatsbürger!

Im Punkt 5 des Parteiprogramms heißt es:

„Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muß unter Fremden-Gesetzgebung stehen.“

Und Punkt 6:

„Das Recht, über Führung und Gehehe des Staats zu bestimmen, darf nur dem Staatsbürger zustehen. Daher fordern wir, daß jedes öffentliche Amt, gleichgültig welcher Art, gleich ob im Reich, Land oder Gemeinde, nur durch Staatsbürger besetzt werden darf.“

Noch deutlicher wird Punkt 7:

„Wir fordern, daß sich der Staat verpflichtet, für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeit der Staatsbürger zu sorgen. Wenn es nicht möglich ist, die Gesamtbevölkerung des Staates zu ernähren, so sind die Angehörigen fremder Nationen (Nicht-Staatsbürger) aus dem Reiche auszuweisen.“

Den Punkt wollen wir nicht auf Eis legen. Aber wir bitten die jüdischen Zeitgenossen, ihn nicht zu vergessen. Das Eis unserer Wohlwollens wird sie abfühlen, damit sie nicht schon jetzt wieder aus der Welt fallen! Interessant für die Juden sind auch die Punkte 8, 16, 17, 23, 24 und vor allem 15 des Parteiprogramms.

Dieser lautet:

„Wir fordern den rücksichtslosen Kampf gegen diejenigen, die durch ihre Tüchtigkeit das Gemeininteresse schädigen. Gemeine Volksverbrecher, Buhener, Schieber usw. sind mit dem Tode zu bestrafen, ohne Rücksichtnahme auf Konfession und Rasse.“

Dabei wurde bekanntlich auf die jüdische „Konfession“ und Rasse immer ausschließliche Rücksicht genommen! Wenn wir also ehrlich bleiben wollen als Nationalsozialisten — und das wollen wir bei Deutschland und Adolf Hitler —, dann müssen wir Antisemiten bleiben!

Den neuen Parteigenossen aber, die unseren Kampf gegen das Judentum vor der Machtübernahme noch aus der Ferne des Kurwählers beobachtet haben, sei der letzte Segen im Punkt 25 des Parteiprogramms eben ins Hirn geschrieben:

„Die Führer der Partei versprechen, wenn nötig unter Einsatz des eigenen Lebens, für die Durchführung der vorstehenden Punkte rücksichtslos einzutreten.“

Dasagen aber es keine Versicherung! Und die Rücksichtslosigkeit gegen uns und unsere Gegner, unter denen der Jude immer bleiben wird, wollen wir uns bewahren!

Göbbels fälscht den „Petit Parisien“ Von Arthur Seehof

Sie lügen nicht nur erbarmungslos, sie fälschen auch. Wer? Die Herrschaften, die von Herrn Göbbels geleitet werden und sich Propagandaministerium nennen. Selbstverständlich ist die Fälschung diesmal nicht von einem offiziellen Organ der NSDAP publiziert worden, sondern von einem Blatt, das nur zu gern immer offizieller und offizieller werden möchte. Von der „Kölnischen Illustrierten Zeitung“. Dieses Blatt bringt es in seiner Nummer vom 16. Dezember 1933 tatsächlich fertig, ein Exemplar des „Petit Parisien“ zu reproduzieren, photographisch zu reproduzieren, das in Wirklichkeit niemals erschienen ist. Der „Petit Parisien“ vom 16. Dezember 1933 erschien — wie auch sonst — in der gewohnten Form. Nun, an der Form haben die Göbbels und Genossen natürlich nichts geändert, aber im Inhalt. Sie haben Meldungen über das Geschwader Butlemin, das gerade in Tunis angekommen war, und andere einfach etwas tiefer gerückt und über die halbe Seite hinweg dieses gefügt: „Censons de mentir! Notre document „allemand“ un faux? Oui, un faux!“ Und dann wird in einem Französisch, von dem man merkt, daß es in Deutschland fabriziert worden ist, erzählt, daß die Redaktion nicht umhin kann zu erklären, daß sie bei der Veröffentlichung ihrer bekannten Dokumente politischen Doppelmehr zum Opfer gefallen ist usw. Es verlohnt wirklich nicht, den ganzen verlogenen Text hierherzusetzen oder in Uebersetzung zu bringen. Tatsächlich hat der „Petit Parisien“ an diesem Tag — am 16. Dezember 1933 — und auch sonst nicht ein Wort von dem veröffentlicht, von dem die Reproduktion der „Kölnischen Illustrierten Zeitung“ zu erzählen wagt. Am Gegenstand, der „Petit Parisien“ hat immer wieder betont, daß seine Dokumente echt seien, und daß die deutschen Dementis keineswegs den Tatsachen entsprechen. Aber was macht sowas schon einem Göbbels und seiner gleichgeschalteten Presse aus? Sie, wie die nationalsozialistische Partei und Regierung haben das deutsche Volk schon so oft und so gründlich belogen und betrogen, daß es bei diesen Herrschaften auf eine Lüge mehr oder weniger schon gar nicht mehr ankommt. Worauf es diesen Herrschaf-

ten ankommt, ist, dem deutschen Volk zu erzählen, daß eine ganze Welt immer mehr Achtung vor dem „Führer“ und seinen Wänden bekomme, was ja dann auch durch den Text, den die „Kölnische Illustrierte Zeitung“ der Fälschung beifügt, zum Ausdruck gebracht wird.

Als wir diese grobe und gemeine Fälschung bemerkten, eine Fälschung, gegen die sich das deutsche Volk nur anberühnen schwer werden kann, stellten wir allen Frühes die Frage: Sind das noch Methoden zwischen zwei Staaten, von denen der eine immer wieder vorab, die Verständigung mit dem anderen, der eine wirkliche Verständigung will, zu wollen? Nein. Sogar sind schon keine friedlichen, auch keine diplomatischen Mittel mehr, mit einem anderen Staat zu debattieren. Sogar ist das, ist Kriegsvorbereitung. Eine intellektuelle Kriegsvorbereitung, die anherdem vorzüglich zu der materiellen der Hitlermacht paßt.

Die Nummer des „Petit Parisien“ vom 16. Dezember 1933 ist in der Aufmachung, wie sie die „Kölnische Illustrierte Zeitung“ wiedergibt, wohl insofern dem Original genau

LEHM kaut JEWELN
Diamanten, Perlen, Silber, Gold
VERKAUF:
Paris, 43, rue Lafayette. Expertise

nachgebildet, als Kopf, Format und die ersten drei Spalten richtig reproduziert sind. Die Fälschung besteht darin, daß ein Artikel in das Blatt hineingebracht worden ist, der in dem Blatt in ihm enthalten war. Weber in der dritten Ausgabe, wie das Kölner Blatt angibt, noch in einer anderen. Die, die von Berlin aus nicht laut genug über Fälschungen und Greuelmänner schreiben können, hier — beim „Petit Parisien“ — sind sie selbst als die Verbreiter von Fälschungen, von Lüge und als Niedertrakt angeprangert. Während sie — schneidlich und verlogen — immer wieder von

Frieden und Verständigung reden, führen sie — mit den gemeinsten, mehr mit den verbrecherischen Mitteln — eine Hege, von der jeder denkende Politiker heute weiß oder doch wissen sollte, wohin sie führt, ja führen muß.

Rettet Ossietzky! Ein Hilferuf in der „Times“

(Anpreß.) Die „Times“ veröffentlichte einen an sie gerichteten Brief ihres früheren Chefredakteurs William Steed, der die Aufmerksamkeit der englischen öffentlichen Meinung auf das Schicksal des früheren Herausgebers der „Weltbühne“, Karl v. Ossietzky, lenkt. Ossietzky befindet sich bekanntlich seit der Nacht des Reichstagsbrandes in Haft und seit Monaten im Konzentrationslager Sonnenburg. William Steed beruft sich auf zuverlässige Zeugnisse, die ihm mitteilen, daß Ossietzky die Leiden, die ihm auferlegt sind, nicht lange mehr zu ertragen vermag. Die schlechte Behandlung, die Unterernährung, ein rücksichtslos militärischer Drill und wiederholter Aufenthalt in Dunkelzelle haben seine Gesundheit, wenn nicht seinen Geist, gebrochen. Steed erinnert an die Laufbahn Ossietzky's an seinen überzeugten Pazifismus und an den großen Wert seiner Publizistik. Er habe zwei Feinde gehaßt: die Sozialdemokratie und die Reichswehr; man habe ihn in 18 Monaten Gefängnis verurteilt, von denen er bis zur Amnestie durch die Regierung Schleicher 9 Monate objektiv habe. Trotz des Hates seiner Freunde, zu denen, sei Ossietzky in Deutschland geblieben. Heute befindet er sich an der Grenze des Todes. Steed schließt mit einem Appell an die zivilisierte Welt, der nicht ungehört verhallen dürfe.

Holland und van der Lubbe

Am Tage der Einrichtung von der Lubbe hatte die sozialdemokratische Rundfunkorganisation gegen die Nazi-Minuten unterbrochen. — Zur Strafe für diesen Protest gegen einen Mann hat der holländische Innenminister für den holländischen Arbeiterbund ein anständiges Sendeverbot erlassen, das am 27. Januar zur Anwendung kommt.

Pariser Berichte

Pariser Straßenkalender

Dem Vernehmen nach haben sich die deutschen Abteilungen beim jüdischen Comité National in Paris zu eigener Initiative vereinigt.

Am 5. Februar soll in Paris die erste Generalversammlung des neugegründeten Verbandes deutscher Journalisten in der Emigration stattfinden. In dieser Versammlung soll auch die Stelle eines Vertreters der Journalisten in der Liga für Menschenrechte neu besetzt werden.

Rudolf Serkin, der Begleiter Adolf Buschs und Baseler Pianist, gab mit Erfolg seinen ersten Pariser Klavierabend der Saison mit Werken von Bach, Beethoven, Schubert und Chopin.

Die Pariser Zeitschrift „Das blaue Heft“ ist eingegangen.

Eine Pariser Stenotypistin, die als ihr (jetzt von ihr geschiedener) Mann arbeitslos war, ihrem Chef etwa 27 000 Fr. durch Ausradierungen unterschlagen und den Betrag bis auf 800 Fr. zurückgegeben hatte, erhielt ein Jahr Gefängnis mit Bewährungsfrist.

Christine Papin, die ältere der beiden Dienstmädchen, die in der Gegend der Sarthe ihrer Dienstherrin die Augen ausgerissen hatten, wurde von der Todesstrafe zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt. Sie war zuletzt in den Hungerstreik getreten.

Paris erhielt eine Schubertstraße in der Gegend des Boulevard Davout.

Die Ankunft des ersten Transports von hundert deutschen Flüchtlingen aus Paris in Palästina steht bevor.

Ein abgesagtes Kleiber-Gastspiel in Paris

Die „Emigranten“ sind „schuld“ an diesem auffälligen Schritt

Durch die musikalische Fachpresse geht eine Notiz, die nicht im Dunkel bleiben darf: „Erich Kleiber, der frühere Generalmusikdirektor und jetzige Staatskapellmeister der Berliner Oper, sollte im Laufe dieser Woche das Orchester Symphonique de Paris dirigieren. Er verzichtete aber, da er sich keinen „Unfreundlichkeiten“ von seiten der in Paris befindlichen deutschen Flüchtlinge aussetzen wollte.“

Ein interessanter Fall — aus mehr als einem Grunde. Zunächst der Mann selbst. Ein Musiker, der seinen beispiellos schnellen Aufstieg im Deutschland der „Novemberverbrecher“ begonnen und mit gutem Erfolg durchgeführt hat. Vor genau zehn Jahren wird der junge Mannheimer Kapellmeister von den sozialdemokratischen Referenten Seelig und Kestenberg in das Amt des eben ausgeschiedenen Leo Blech eingesetzt. Er wird bald ein kleiner, aber schlauer „Eroberer“.

Nach oben geschickt verhandelnd, Intendanten stürzend, Minister überzeugend, nach unten tretend, ein Tyrann vor allem wehrlosen Opernmitgliedern zweiter Ordnung gegenüber. Eine eminente technische Musikantenbegabung zweifellos; aber ein Mensch ohne jede Reife, mit schlimm fühlbaren Bildungslücken und infantilen Tyrannien-Komplexen. Eitelkeit und Laune beherrschen ihn bis zum Exzeß. „Die Staatsoper, die diesen Mann als Generalmusikdirektor hat, besitzt in ihm zwar eine ungewöhnliche Kraft, muß aber auch die Erfahrung machen, daß sie dem maßlosen Ehrgeiz eines Halbbraves, innerlich ganz Unausgeglichenen, im allerhöchsten Sinne Kleinen, preisgegeben ist.“ So Adolf Weißmann in seinem Buch „Der Dirigent“.

Er gibt damit nur konzentriert die Meinung aller Musikfachverständigen wieder von ganz rechts bis ganz links. Trotzdem: Kleiber hält sich ein Jahrzehnt an leitender Stelle. Berlin, das über Furtwängler, Klemperer, Walter, Blech und Stiedry verfügt, sieht auf dem repräsentativsten Opernposten des Reiches einen „chaotischen Menschen, der vielleicht nur höchste Selbstüberschätzung selbstherrlichen Dirigententums darstellt“.

Die Diplomatie dieses „Wiener Musikanten“ versagt auch nicht bei dem politischen Szenenwechsel ins „dritte Reich“. Bis heute weiß man nicht einwandfrei, ob Kleiber als gleichgeschalteter Ausländer oder rassereiner Deutscher auf seinem Posten belassen worden ist. Er tut alles, um im Halbdunkel zu bleiben. Zwar ist es in den Berliner Musikerkreisen — soweit es das in der braunen Metropole noch gibt — offenes Geheimnis, daß Kleiber die treibende Kraft bei der Vertreibung Bruno Walters aus Deutschland gewesen ist. Ob es die Kühlung alter Rachegefühle oder nur neudeutsches Geschäftsinteresse für die frei werdenden Abende der Berliner Philharmoniker gewesen ist, sei dahingestellt, ist auch angesichts der Tatsache unwichtig, daß er sich mit Herrn Staatsrat und Operndirektor Furtwängler als Chef im Hause nun stärker als früher seiner Haut wehren muß. Die Maske des modernen Kulturbolschewisten, der — mit dem Reichspräsidenten Ebert in der Loge — einst Krennek „Zwingburg“ kreierte, ist ja längst abgelegt.

Aber auf Auslandsruhm will man nun doch nicht so ohne weiteres verzichten. So weit ist das autarke Erwachen der von Göbbels zugelassenen Taktstockhelden noch nicht gediehen. Aus Brüssel und Antwerpen liegen Gastangebote für Kleiber vor, und der Pariser Triumph des Rivalen Furtwängler (im vorigen Frühjahr noch) läßt den kleineren Pultdespoten nicht ruhen.

Was tun, da gerade in Belgien die Stimmung gegen alles, was aus dem erwachten Nachbarlande kommt, nicht gerade freundlich ist? Da das ausländische Publikum noch immer mit unzuverlässigen jüdischen und marxistischen Elementen durchsetzt ist? — Der Diplomat Kleiber und seine tüchtigen Manager finden den Ausweg: für außerdeutsche Konzertsäle ist der Berliner Staatskapellmeister ein Wiener Judenstammling, der von den deutschen Stellen nur geduldet wird. Der Trick gelingt, das ausländische Publikum glaubt auch diesem Schwindel.

Und ein paar Wochen später — der Brüsseler Gastzyklus ist noch nicht beendet — sagt der gleiche „geduldete Judenstammling“ ein Pariser Konzert ab, aus „Angst vor feindlichen Emigranten-Kundgeboten“.

Tel. Trinité 43-13
Métro Pigalle

Deutsche Poliklinik

Paris, 62, Rue de la Rochefoucauld

a) Allgemeine Konsultationen mit Spezialisten.
Innere Medizin, Augen, Ohren, Nase und Kehlkopfkrankheiten, Krämpfe, Diätetik, Elektrotherapie, Spezialbehandlung bei Blute, Harn- u. Geschlechtskrankheiten

b) Chirurgie

Zweistöckiges Sanatoriumsgebäude, kleine, mittlere und große Operationen. Die allermodernste Einrichtung

c) Geburtshilfliche Klinik

Vierstöckiges Gebäude, Zimmer mit 1 bis 4 Betten, 3 Ärzte, 1 Hebammen und 2 Operationsäle

d) Zahnärztliches Kabinett

Zahn- und Mundchirurgie, Gold- und Porzellanarbeiten, „Bridges“, Kautschukarbeiten

Ordination täglich von 9-12 und 2-5; Sonntags und Feiertags von 10-12 und 2-4 Uhr

Ein Propaganda-Unfall? — Im Gegenteil: vielleicht ein besonders schlaues Gedächtnis des Herrn Göbbels. Stimmen denn nicht dieselben Geister täglich Haßgesänge für Hausgebrauch und Friedenslieder für die gutgläubigen Nachbarn an? Behandelt Europa auf dem internationalen Verhandlungsparkett nicht immer noch jene als Gentleman, die gerade die heimatischen Folteckammern verließen? Warum also soll die Welt nicht in Brüssel die Toleranz einer deutschen Regierung bewundern, die einen Judenstammling in seiner führenden künstlerischen Stellung beläßt, während sie in Paris die ganze „Gefahr der völkerverheerenden Emigration“ erkennt, vor der derselbe in Deutschland nur noch geduldete Künstler nun kapituliert?

Ein nebensächlicher Vorgang? — Nein, ein Gradmesser für das Maß unverschämter Irreführung, das Barbaument sich heute dem anständigen Rest der europäischen Bevölkerung gegenüber erlauben darf. Und hoffentlich das Ende der Gastfahrten des Herrn Erich Kleiber, der neben allem anderen durch die Art seiner Auslandspropaganda bewiesen hat, daß er in das Reich der Herren Hitler, Göring und Göbbels gehört.

Wie die Camelots arbeiten

Die Camelots in Paris sind neuerdings sehr heftig an der Arbeit. Léon Daudet, ihr Führer, hat neulich eine große Rede gegen die Juden gehalten, die man in seinem Leibblatt nachlesen kann. Diese Gelegenheit haben dann einige Hitlerleute in Paris nicht vorübergehen lassen, um sich dadurch zu blamieren, daß sie der „Action Française“ ihre guten Dienste antrugen, oder, wie der dies ausplaudernde Royalist Charles Maurras sich ausdrückt, „deutschen Unterricht“ anboten. Diese „Anbiederung“ bei dem „Erbschleicher“ ist um so entzückender, als gleichzeitig der dumme Pariser „Angriff“-Vertreter den Zweck der Uebung in heftigen Angriffen auf Paul-Boncour enthält.

Römische Meister — Nordische Lehrlinge

Schlechtes Zeugnis für die Pflücker

Die nationalsozialistische Rassenlehre hat bekanntlich die turmhohen Heberlegenheiten der nordischen Rasse über alle anderen dem Tierreich näherstehenden Menschenrassen streng wissenschaftlich festgestellt. Der große Bruder in Rom jedoch hat sich zu dieser neuesten Berliner Erkenntnis noch nicht durchringen können. Er behauptet nach wie vor hartnäckig, daß die mittelländische, die römische Rasse, die weitans überlegene sei. Und so konnte man neulich in der Zeitung „Regime fascista“ einen Artikel lesen, in dem nachgewiesen wird, daß der Faschismus vor allen Bewegungen, die durch ihn inspiriert worden, besonders vor dem Hitlerismus, weitans den Vorzug verdiene. Diese Heberlegenheit wird damit erklärt, daß jene Bewegungen eben der römische Geist fehlt und deswegen auch jener Geist der Unverfallbarkeit, der sich mit dem Geist der ganzen Menschheit verbindet.

„Man vergleiche“, schreibt das faschistische Blatt, „den brüsten Austritt des Reiches aus dem Völkerbund mit dem

Ihlefeld hat noch nicht umgelernt

Ihlefeld ist der Vertreter des „Angriffs“ in Paris. Ihlefeld reimt sich auf Bielefeld: „s war einst ein Hund in Bielefeld — der grade so wie viele bellt“ — aber Ihlefeld hat noch nicht umgelernt. Er stimmt noch nicht den großen Versöhnungskantus des Führers gegen Frankreich an.

Es ist lesenswert, den „Angriff“ in Sachen Paul-Boncour nachzuschauen. Da meldet Ihlefeld in einer Drahtmeldung aus Paris, daß der Außenminister „Loblieder auf die Sowjetunion“ singt, und daß der General Bourgeois „Märchen“ über die deutsche Aufrüstung erzählt. Der ganze Bericht aus der großen Senatsrede des französischen Ministers ist eine einzige Geschichtsklitterei. Insbesondere läßt Ihlefeld natürlich die Erklärung des Ministers, daß die Rassenauffassung des Hitlerregimes der Auffassung Frankreichs von der Nation entgegensteht, aus Versehen weg, ebenso die entscheidendsten außenpolitischen Erklärungen Paul-Boncours, der nebenan in einer sinnlosen Karikatur gezeigt wird.

Kurzum, Meister Sieburg, der schon besser die Flöte in Verbindung mit der Hitlerschen Trommel spielen kann, sollte sich den Ihlefelder mal kommen lassen. So geht das nicht, wenn Adolf nächstes Jahr den Nobelpreis in Friedfertigkeit kriegen will.

Die „Reaktion“ im Wörterbuch

Die Unsterblichen der französischen Akademie sind bei ihrer Sprachsiebung jetzt bei dem Worte „réaction“ angelangt. Sie haben ihm einen neuen politischen Sinn unterlegt und definieren so: Reaktion nennt man besonders die Bestrebungen einer politischen Partei, die darauf abzielen, den Staat von früher wieder herzustellen; ferner von der Partei selbst, zum Beispiel die Reaktion bekämpfen.

Man sieht, die Unsterblichen haben einen gesunden politischen Sinn und die Akademie hat eine gute politische Nase. Wie würde wohl heute eine preußische Akademie derlei heikle Dinge „wissenschaftlich“ ergründen?

italienischen Vorschlag, diesem Bund ein neues fruchtbares Leben einzuführen, man vergleiche die Haltung gegenüber Oesterreich, den alten Alliierten, den Deutschland jetzt aus der Reihe der Nationen streichen will, mit den Bemühungen Italiens, diesen seinen alten Gegner zu retten, man vergleiche das diplomatische Meisterstück, das der Faschismus bei seiner Versöhnung mit dem Vatikan geleistet hat mit den grausamen Religionsverfolgungen im Reich, besonders der Juden, man vergleiche das menschliche Werk, das unter Regime zur Verbesserung des Nachwuchses geleistet hat, mit dem vernunft- und wissenschaftswidrigen un menschlichen deutschen Gesetz über die Zwangssterilisierung — und man wird eine Idee vor sich sehen, die seiner billigen kann, der von der tiefen Menschlichkeit des Faschismus einen Hauch verspürt hat!“

So ist's. Wenn der Faschismus über die Alpen blüht, kommt er sich selber — menschlich vor!

Der 45 000 Tonnen große Passagierdampfer „Nautania“ lief am Mittwochnachmittag, nachdem er den Hafen von Southampton verlassen hatte, auf eine Sandbank. Nach 1 1/2 Stunden wurde er wieder flott, als die Flut eingelegt hatte und sechs Schlepper ihn ins Schlepptau genommen hatten. Die „Nautania“ konnte ihre Reise nach Cherbourg und von dort nach Newport fortsetzen.

DRS. Berlin, 24. Jan. Nach den auf Grund der Volkszählung am 16. Januar 1933 von preussischen Statistischen Landesamt getroffenen Feststellungen gibt es in Preußen zur Zeit 80 456 Gemeinden. Wie die Wandelhalle meldet, hat demnach seit der vorletzten Volkszählung im Jahre 1925 die Zahl der preussischen Gemeinden um 12 280 abgenommen. Diese außerordentliche Verminderung ist eine Folge von Eingemeindungen und der Auflösung von Gutsbezirken, die zwischen den beiden Volkszählungen in außerordentlich hartem Umfange stattgefunden haben. Von den gegenwärtig in Preußen vorhandenen 477 Kreisen sind 116 Städte und 361 Landkreise. In den Städten kreisen lebten 17 556 095 Personen = 43,99 Prozent, in den Landkreisen 22 899 894 Personen = 56,01 Prozent.

Nach dem „Excelstor“ soll ein Parlamentarier, und zwar der derzeitige Unterstaatssekretär im Außenministerium, Abgeordneter Francois de Tella, zum Nachfolger bei dem Abtritt des Flugzeuges „Smaragd“ ums Leben gekommenen Generalgouverneurs Pasquier zum Generalgouverneur von Indochina ernannt werden. Die Regierung würde einen Staatsminister oder Oberkommissar nach den französischen Verfügungen im Stillen Tzuan entsenden, dem ein Gouverneur beigegeben würde, den man unter den hohen Beamten in Indochina auswählen würde.

Für den Gesamtdruck verantwortlich: Johann Vlg in Duderstadt; für Interate: Otto Rubin in Saarbrücken. Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volkshilfe GmbH, Saarbrücken 2, Schützenstraße 5.

Dr. Spécialiste

90, rue de Rivoli — Métro: Châtelet
RADIKALE HEILUNG VON BLUT,
HAUT- und FRAUENKRANKHEITEN

Heilung von Krampfadern und offenen Beinwunden
Neueste Behandlungsmethoden Elektrizität, Impfungverfahren, Trypsin- und Eiaspritzungen

Blut- und Harn-Untersuchungen, Spezialkur, Salvarsan, Wisnot usw.

Sprechstunden täglich von 10-12 und von 4-8 Uhr Sonntags von 9-12 Uhr Konsultationen von 25 Fr. ab

M. a. e. p. r. i. a. b. d. e. u. t. s. c. h.

20 Jahre

Weltgeschichte
in 700 Bildern!

Einführung von Fr. Sieburg
Gelegenheits-Angebote
25,30 Fr. jetzt nur 8,35 Fr.
Sofort zu beziehen durch

SUCHHANDLUNG der

„Volkstimme“

Saarbrücken, Bahnhofspl. 52
Verkehrsanstalt, Hülshorstgäßchen